Nr. 195. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine Verherrlichung der Dividendenschlucker.

Auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongreß hatte Adolf Wagner bekanntlich die Verstaatlichung großer Industriezweige empfohlen, indem er es für gesellschaftlich nützlicher erklärte, daß der Staat die Betriebsüberschüsse für soziale Aufgaben verwende, als daß das Heer müßiger Aktionäre Milliarden einstreiche. (Den Ausdruck „müßig" wollte freilich Adolf Wagner gar nicht gebraucht haben.) Die Auslassung Wagners hatte aber, wie wir bereits kürzlich erwähnten, den Generalsekretär des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, Paul Steller, auf den Plan gerufen, der in wahrhaft köstlicher Weise eine Verteidigung, ja eine Glorifizierung der Gilde der Dividendenschlucker unternahm. – Da die „Post" in ihrer gestrigen Nummer aus der Entgegnung des Herrn Generalsekretärs einen Teil voller Genugtuung abdruckt, sei die schönste Stelle daraus — sie verdient es — nochmals wiedergegeben:

„Ja, ist denn das nicht sehr viel, daß jemand sein Geld an ein wirtschaftliches Unternehmen wagt, das ohne Kapital überhaupt nicht betrieben werden kann? Ob nun das gewerbliche Unternehmen, auf das es ankommt, in der oder jener gesetzlichen Besitzform betrieben wird, ist für die wirtschaftliche Bedeutung des beteiligten Kapitalisten und für seine sittliche Berechtigung am Gewinn des Unternehmens gleichgültig. Den Aktionär deshalb als Drohne zu bezeichnen oder zu betrachten, weil er nicht seine persönlichen Kräfte in den Dienst des Unternehmens stellt, ist geradezu abgeschmackt."

Aber Herr Steller hat noch ein anderes gleich durchschlagendes Argument dafür beizubringen, daß die Herren Aktionäre nicht „müßig" seien. Denn wenn sie sich um den Betrieb der Unternehmungen, von denen sie Aktien besäßen, nicht bekümmerten, so seien sie zum guten Teil doch sonst beruflich tätig, nämlich als Handels- und Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere, Gelehrte usw. Als ob diese berufliche Tätigkeit nicht auch ihren besonderen Lohn fände und das ungeheuerliche Faktum irgendwie beschönigen könnte, daß die Aktionäre von der Arbeit anderer ihren Tribut erheben, ohne hierfür auch nur den geringsten Aufwand an Unternehmertätigkeit zu leisten! Steht schon die Rechtfertigung der kapitalistischen Ausbeutung der elend entlohnten Proletarierklasse durch die geschäftliche Arbeitsleistung des individuellen Unternehmers auf den denkbar schwächsten Füßen, so ist die Verteidigung der Dividendenschluckerei der Aktionäre vollends ein total aussichtsloses Unterfangen!

Auch das Gerede von dem Risiko des Aktionärs, der sein Kapital an ein wirtschaftliches Unternehmen „wage", ist völlig haltlos. Denn der Kapitalist, der nicht durch allerhand gewagte Unternehmungen sein Geld frivol aufs Spiel setzt, um abnorme Gewinne zu erzielen, „wagt" gerade bei Aktienunternehmungen ganz und gar nichts. Er braucht sich ja nur an verschiedene Aktienunternehmungen zu beteiligen, um sich gegen erheblichen Kapitals- und Zinsverlust zu schützen. Gewiß sind wirtschaftliche Unternehmungen von der Konjunktur abhängig, gewiß können sie verkrachen oder wenigstens nach den fetten Jahren auch magere Dividenden bringen, aber bei einer Verteilung des Kapitals auf mehrere Unternehmungen ist der Aktionär gegen diese Wechselfälle gesichert.

Angesichts dieser Klopffechterei ist aber die von uns bereits an anderer Stelle erwähnte Uebersicht doppelt interessant, die das letzte Ergänzungsheft der Vierteljahrshefte zur Statistik über „die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910/11" veröffentlicht. Denn dem denkenden Arbeiter bietet die kleine Schrift einen lehrreichen Einblick in das wahre Wesen der heutigen Ausbeutungswirtschaft. Die Aktiengesellschaften haben ein gutes Geschäft gemacht. 3868 Aktiengesellschaften haben in dem einen Jahre einen Gewinn von 1 472 931 000 M., also von fast 1½ Milliarden Mark, erzielt. Setzen wir den durchschnittlichen Jahresverdienst der Arbeiter auf 1472 M. an, dann ist der Gewinn der 3868 Aktiengesellschaften so groß wie der Arbeitsverdienst von einer Million Arbeitern!

Dieses Geld bekommen aber nicht die Arbeiter, sondern die sogenannten Aktionäre. Die Aktiengesellschaften haben bekanntlich ihren Namen davon, daß sie ihre Betriebsmittel durch Anteilscheine, die sogenannten Aktien, aufbringen. Die Besitzer der Anteilscheine sind die Aktionäre. Nach der Zahl ihrer Anteilscheine erhalten sie den Gewinn der Aktiengesellschaften.

Diese Unternehmungen können aber nur dann einen Gewinn erzielen, wenn sie mit den Betriebsmitteln Fabriken errichten, Arbeiter und Angestellte beschäftigen, ihnen jedoch als ihren Lohn und Gehalt nicht den ganzen Ertrag ihrer Arbeit auszahlen, sondern einen Teil davon als „Gewinn" für die Aktionäre zurückbehalten. Die Arbeiter und Angestellten müssen aufs schwerste schaffen und werden mit einem möglichst geringen Lohn oder Gehalt abgefunden, damit die Aktionäre, die hier gar keine Arbeit verrichten, einen möglichst großen Gewinn einstecken können.

Die bürgerlichen Volkswirtschaftler erzählen uns, ähnlich wie Herr Steller, daß die Aktionäre sich um die Arbeiter und die Gesamtheit ein großes Verdienst mit dem Ankauf der Anteilscheine erwerben: Jene 3868 Aktiengesellschaften, deren Jahresgewinn fast 1½ Milliarden Mark betrug, hatten ein gewinnberechtigtes Aktienkapital von fast 13 Milliarden Mark. Diesen großen Betrag haben die Aktionäre von ihrem Verdienst „erspart", haben das viele Geld hergegeben, damit für die Arbeiter und Angestellten der Aktiengesellschaften Arbeitsgelegenheit geschaffen wird; hierbei haben sie sogar die „Gefahr" auf sich genommen, die wir bereits gekennzeichnet haben.

Die Zahl der Aktiengesellschaften, die keinen Jahresgewinn hatten, ist zudem verhältnismäßig gering. Ebenso steht es mit dem Verlust dieser Aktiengesellschaften. Wenn wir den ganzen Verlust von dem Gewinn der übrigen Aktiengesellschaften abziehen, dann bleibt ein Jahresüberschuß von fast 1,4 Milliarden Mark. Dieser Ueberschuß würde der Gesamtheit zufallen, wenn sie im Besitze der Aktiengesellschaften wäre und den Verlust decken müßte, dafür aber auch den ganzen Gewinn behielte. Ueberdies haben manche Aktiengesellschaften Verluste durch eine gewissenlose Geschäftsführung; diese Verluste würden viel seltener als jetzt möglich sein, wenn die Aktiengesellschaften nicht mehr in der Hand einzelner Spekulanten, sondern der Gesamtheit wären. Dadurch würde der Ueberschuß für die Gesamtheit noch größer werden.

Es bleibt noch die „Sparsamkeit" der Aktionäre, die sie sich auch — angeblich zum Nutzen der Gesamtheit — als Pflicht auferlegen müssen. Das eingezahlte Aktienkapital überhaupt betrug

im Jahre 1907/8 . . .	12,8 Milliarden Mark
im Jahre 1908/9 . . .	13,2 Milliarden Mark
im Jahre 1909/10 . . .	13,7 Milliarden Mark
im Jahre 1910/11 . . .	14,2 Milliarden Mark

Hieraus ergibt sich eine Zunahme

im Jahre 1908/09 . .	von 0,4 Milliarden Mark
im Jahre 1909/10 . .	von 0,5 Milliarden Mark
im Jahre 1910/11 . .	von 0,5 Milliarden Mark

Dies sind die Beträge, die die Aktionäre gespart haben, um noch mehr Aktien zu kaufen und dadurch den Aktiengesellschaften ein größeres Kapital zur Erweiterung ihrer Betriebe zu liefern.

Für diese „Sparsamkeit" haben die Aktionäre aber den ganzen Gewinn der Aktiengesellschaften nach Abzug des Verlustes eingesteckt. Dieser Gewinn betrug:

im Jahre 1908/9 . . .	1,1 Milliarden Mark
im Jahre 1909/10 . . .	1,3 Milliarden Mark
im Jahre 1910/11 . . .	1,4 Milliarden Mark

Mithin ist der Gewinn, den die Aktionäre der Aktiengesellschaften eingesteckt haben, größer als die „Ersparnis" der Aktionäre zur Erhöhung des eingezahlten Aktienkapitals:

im Jahre 1908/9	um 0,7 Milliarde = 700 Millionen Mark
im Jahre 1909/10	um 0,8 Milliarde = 800 Millionen Mark
im Jahre 1910/11	um 0,9 Milliarde = 900 Millionen Mark.

Dies ist der Ueberschuß: der Lohn der Aktionäre für ihre — Sparsamkeit.

Was dieser oder jener Aktionär oder seine Vorfahren einst wirklich durch eigene Arbeit verdient und an die Aktiengesellschaften bezahlt haben, das ist als Gewinn der Aktiengesellschaften den Aktionären im Laufe der Jahre schon längst hundert- und tausendfach zurückgezahlt. Trotzdem strömt ihnen und ihren Erben unaufhörlich Jahr für Jahr ein großer Teil von dem zu, was die Arbeiter und Angestellten der Aktiengesellschaften durch ihre Arbeit schaffen müssen. Davon führen sie ein Leben des Ueberflusses und des Müßigganges und häufen außerdem in den Aktiengesellschaften Reichtum auf Reichtum, mit dem sie immer mehr Arbeiter ausbeuten. Aus der Arbeit der Arbeiter und Angestellten ziehen sie also die Mittel zur Ausbeutung der Arbeiter: das ganze jetzige Kapital der Aktiengesellschaften ist so tatsächlich durch die gemeinsame Arbeit der Arbeiter und Angestellten geschaffen.

Daher ist es eine unerträgliche Vergewaltigung des arbeitenden Volkes, daß der Ertrag dieser Betriebe zu einem großen Teile nichtarbeitenden Ausbeutern zufällt, während viele, viele Arbeiter und Angestellte unter Entbehrungen und Sorge schwer zu leiden haben. Diese Ausbeutung muß beseitigt werden durch die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in Eigentum der Gesamtheit und durch die Regelung der gemeinsamen Arbeit nach dem Willen und zum Nutzen der Gesamtheit, also durch die sozialistische Volkswirtschaft.

Die Landtagswahl in Schwarzburg-Sondershausen.

Aus Arnstadt wird uns geschrieben:

Am 23. August finden im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen die Landtagswahlen statt. Der Landtag dieses Bundesstaates ist einer der wenigen im Deutschen Reiche, in die bisher die Sozialdemokratie keinen Eingang gefunden hat. Die Verfassung garantiert dem Fürsten die Ernennung eines vollen Drittels der 18 Landtagsabgeordneten; das zweite Drittel wird von den 300 Höchstbesteuerten des Landes erwählt; nur das letzte Drittel geht aus „allgemeinen Wahlen" hervor — wenn man Wahlen als „allgemein" bezeichnen darf, bei welchen nur jene Personen wählen können, die Staatsbürger im Fürstentum sind und außerdem das Gemeindebürgerrecht in einer Gemeinde des Fürstentums besitzen. Außerdem war die Stimmabgabe bisher öffentlich und deshalb einem großen Teile der Wahlberechtigten wegen der zu befürchtenden wirtschaftlichen Schädigung die Ausübung des Wahlrechts unmöglich. Auch das Bestehen der sogenannten Terminswahlen und das indirekte Wahlsystem haben wesentlich zur Entrechtung der Arbeiterklasse beigetragen. Deshalb hat auch die Gesetzgebung niemals Rücksicht genommen auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, und diese wiederum brachte den Landtagswahlen ein nur sehr geringes Interesse entgegen. Sehr zum eigenen Nachteil. Denn an den Folgen dieser Verlotterung des politischen Lebens hat das Volk bis heute schwer zu tragen.

Die Bevölkerung des Fürstentums ist sehr arm. Das Land ist zwar an und für sich äußerst reich mit Schätzen bedacht, aber diese befinden sich im Besitze weniger Personen. Im vorigen Jahre wies eine amtliche Aufmachung nach, daß im Lande von 25 000 zur Einkommensteuer veranlagten Personen 16 000 mit einem Einkommen bis 900 M. eingeschätzt worden sind. Das Land hat einmal gute Domänen und große Forsten gehabt; doch bei der Regelung des Domänenabkommens sind diese als Eigentum des Fürsten bezeichnet worden, während alle Angelegenheiten, die Zuschüsse und Kosten erfordern, dem Lande als Eigentum überwiesen wurden. Der Fürst hat von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und die Verwaltung des Kammergutes, das alle Domänen und Forsten umfaßt, der Landesverwaltung übertragen. Dafür bekommt er eine jährliche Dotation von 500 000 M. Die Folge ist, daß die Ausgaben, die vor dem Domänenabkommen aus den Einkünften der Domänen und Forsten bezahlt wurden, nunmehr durch Steuern gedeckt werden müssen. Es gibt deshalb wohl kaum einen zweiten Staat in Deutschland, wo die arbeitende Bevölkerung so hohe Steuerlasten zu tragen hat wie in Schwarzburg-Sondershausen. Angeblich zur Linderung dieser Lasten legte deshalb die Regierung im vorigen Jahre dem Landtag ein neues Einkommensteuergesetz vor. In der dazu gegebenen Begründung betonte die Regierung, es sei eine Notwendigkeit, die ärmeren Volksgenossen zu schonen. Als man aber den Entwurf genauer besah, fand man, daß die Steuersätze für die Einkommen der Arbeiter teilweise nicht unbeträchtlich erhöht worden waren.

Die Gemeindeordnung für das Fürstentum war total veraltet. Auch sie ist einer Reform unterzogen worden. Aber bei dieser Gelegenheit sind die Vertreter im Landtag, wie auch die Regierung, nicht für die Erweiterung der Selbstverwaltung eingetreten, sondern sie haben weitere Einschränkungen für nötig gehalten. Das Alter für die Wahlberechtigung zum Gemeinderat ist von 21 auf 25 Jahre heraufgesetzt worden. Und ferner wurde für die beiden größten Städte, Arnstadt und Sondershausen, die Magistratsverfassung eingeführt. Das bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand eine Verschlechterung, da bisher der Magistrat einfach zur Ausführung bringen mußte, was der Gemeinderat beschloß. In Zukunft hat hingegen der Magistrat in allen Angelegenheiten Mitbestimmungsrecht.

Ebenso hat bei der Schaffung des neuen Landtagswahlgesetzes, daß die Stimmzettelwahl einführt, der Landtag sich manche Verschlechterung geleistet. Das Wahlalter wurde ebenfalls auf 25 Jahre heraufgesetzt, und somit vier Jahrgängen der Wähler das Wahlrecht geraubt, und zwar von einem Landtag, der eine liberale Mehrheit hatte.

Die ganze Unterherrschaft des Landes weist ungeheure Kalilager auf. Der Staat allein hat das Schürfrecht im Lande. Hier aber hat man vom verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und das Schürfrecht an Private abgetreten, das heißt, die Gewinne, die der Staat aus dem Kalireichtum des Landes hätte herausziehen können, sind dem Privatkapital gegen ganz geringfügige Entschädigungen ausgeliefert worden. Die Aktiengesellschaften, die das Kali abbauen, heimsen deshalb riesige Gewinne ein. Das eine Werk „Glück auf Sondershausen", hat allein im Jahre 1911 einen Betriebsüberschuß von nahezu 2 Millionen Mark abgeworfen, und für die ersten sechs Monate 1912 beträgt der Ueberschuß bereits wieder über 1 Million Mark.

Diese Mißwirtschaft hat aber endlich das Volk aufgerüttelt. Bis hinein in die kleinsten Bauerndörfchen dringt unsere Propaganda vor, und überall dort, wo man uns früher mit Mißtrauen begegnete, finden wir jetzt Entgegenkommen. Man ist des Spieles satt. Die drei Wahlkreise der Oberherrschaft sind zum Teil mit Industrie durchsetzt: in der Unterherrschaft ist dagegen außer dem Bergbau keine Großindustrie zu finden. Hier kann deshalb kaum auf Erfolg gerechnet werden. Die ganze Wahlagitation konzentriert sich daher auf die drei Wahlkreise der Oberherrschaft. Und das werktätige Volk in Stadt und Land beginnt seine Interessen zu erkennen und ihre Berücksichtigung zu fordern. Das schon ist ein großer Gewinn des Kampfes.

Die Wahrheit über das Lena-Blutbad.

Die Vorgänge in den Goldbergwerken an der Lena, die bekanntlich einen Wendepunkt in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung bedeuten, stehen noch immer im Vordergrunde des politischen Interesses in Rußland. Die Revision des Senators Manuchin und der Generalstreik der Arbeiter als Antwort auf das Mißlingen dieser bureaukratischen Maßnahme waren die wichtigsten Ereignisse, die sich in der letzten Zeit an das Lenablutbad knüpften. Eine lügnerische Presse,

voran die „Nowoje Wremja", versuchte nun das Bild dieser Vorgänge zu entstellen und die verleumderischen Behauptungen der Minister Makarow und Timaschow wieder in Umlauf zu bringen. Gerade zur rechten Zeit gelangen deshalb authentische Mitteilungen über die blutigen Vorgänge vom 17. April und das Martyrium der Lenaarbeiter an die Oeffentlichkeit. Diese Mitteilungen, die vorläufig noch sehr lückenhaft und unvollständig sind, bestätigen vollauf die Anklagen, die die russische Arbeiterklasse gegen die Regierung und die Kapitalisten erhoben hat. Einzelne Angaben stammen von dem Rechtsanwalt A. Kerensky, der im Verein mit einigen Rechtsanwälten aus Petersburg, Moskau und Irkutsk nach dem Streikgebiet gereist war, um die Interessen der Arbeiter während der Senatorenrevision wahrzunehmen. „Meine Ansicht ist" — erklärte Herr Kerensky nach seiner Rückkehr dem Petersburger Vertreter der „Rußkoje Slowo" — „daß die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung lediglich gegen den Gendarmerieritmeister Treschtschenkow die politische Bedeutung der Senatorenrevision außerordentlich herabsetzt. Treschtschenkow ist wegen Ueberschreitens seiner Befugnisse dem Gerichte übergeben, seine Schuld ist also äußerst gering eingeschätzt worden. Dabei sind andere Personen, die an der ganzen Angelegenheit zweifellos beteiligt sind, dem Gericht nicht übergeben worden. Ich und meine Kollegen haben mit Hilfe der Arbeiter auf Grund von Dokumenten und Zeugenaussagen die Schuld verschiedener Verwaltungsbeamten der Lenaggesellschaft festgestellt, aber diese Personen sind nicht zur Verantwortung gezogen worden. Ich will bloß auf zwei Tatsachen hinweisen: Einige Tage vor dem Blutbad vom 17. April wurde die Verwaltung zweier Krankenhäuser im Bergwerksrayon befragt, wieviel Plätze für Verwundete sie frei haben könne? Ebenso wurde der örtliche Priester schon vorher in Kenntnis gesetzt, daß in kurzem seine Dienste bei einer großen Beerdigung nötig sein würden!"

Ein vollständiges Licht auf die verbrecherische Handlungsweise der im Dienste der millionenreichen Bergwerksgesellschaft stehenden Regierungsbeamten wirft der Bericht des Senators Manuchin, der uns in Auszügen bekannt geworden ist. Die Vorgänge vor dem Blutbad werden danach folgendermaßen geschildert: Schon am 13. März brach auf den Gruben der Lenagoldgesellschaft ein Streik aus, der am 27. März 5000 Teilnehmer zählte und zu der Betriebseinstellung auf sämtlichen Gruben führte. Der Streik verlief vollkommen ruhig und bedrohte die öffentliche Sicherheit nicht im geringsten. Am 9. April wurde auf Befehl des Ministers des Innern der Gendarmerieritmeister Treschtschenkow von Irkutsk nach dem Streikgebiet kommandiert. In der Nacht zum 17. April ließ dieser ohne jeden Anlaß die Delegierten verhaften. Dieser heimtückische Ueberfall versetzte die streikende Arbeiterschaft in eine heftige Erregung. Aus allen Enden des Streikgebietes strömten sie nach dem Nadeshda-Bergwerk, dem Sitz der Administration, zusammen, um bei dem Staatsanwalt Gesuche um die Befreiung der Delegierten einzureichen. Die Erregung der Arbeiter wurde durch die lügnerische Behauptung des Direktors Samochwalow, daß die Verhaftungen auf Befehl des populären Bezirksingenieurs Tultschinsky vorgenommen worden waren, absichtlich aufgepeitscht. Die Arbeiter der Andrejew- und Wassiljew-Bergwerke, in einer Anzahl von mehr als 1000 Personen, zogen zu der Wohnung des Bezirksingenieurs, der jede Schuld an den Verhaftungen entrüstet von sich wies und den Arbeitern riet, gegen 2 Uhr auf dem Nadeshda-Bergwerk zu erscheinen, um dort den Bescheid der Behörden in Empfang zu nehmen. Dort aber wurden die von allen Seiten zusammenströmenden friedlichen, unbewaffneten Arbeiter von einer Militärabteilung empfangen und auf Befehl des Rittmeisters Treschtschenkow mit zahllosen Salven überschüttet.

Das Blutbad selbst wird im Senatorenbericht folgendermaßen geschildert: Eine etwa 3000 Personen zählende Menge zog völlig unbewaffnet auf schmalem Wege, 5 bis 6 Personen in einer Reihe nach dem Nadeshda-Bergwerk. Vor dem Volkshause war eine Militärabteilung von 92 Soldaten aufgestellt. Daneben hatten sich sämtliche Amtspersonen eingefunden. Da der Bezirksingenieur Tultschinsky ein Blutvergießen befürchtete, stürzte er den Arbeitern entgegen, um ihnen einen anderen Weg zu weisen. Die Arbeiter umringten ihn, und überreichten ihm das Gesuch um Befreiung der verhafteten Delegierten. Er nahm das Gesuch entgegen und bat die Arbeiter umzukehren. Aber in dem Augenblick, als die Arbeiter seiner Bitte nachkommen wollten, prasselte eine Salve auf sie herab. Der ganze Kopfteil des Arbeiterzuges, der sich um den Bezirksingenieur geschart hatte, stürzte zu Boden. „Als die Liegenden sahen, daß die Soldaten zu feuern aufgehört hatten, sprangen sie auf, um davonzulaufen, aber in diesem Augenblick wurde das Feuer wieder aufgenommen und diesmal feuerte das Militär ununterbrochen und salvenweise. Wie lange dieses Feuern angehalten hat, konnte genau nicht festgestellt werden, aber wie aus den Angaben der Stabskapitäne Lepin und Sansharenko hervorgeht, hat jeder Soldat 8 bis 9 Schüsse abgefeuert, d. h. 7 bis 8 Schüsse nach der Wiederaufnahme des Feuers. Diese Schüsse verwundeten 372 Personen, von denen 170 infolge der erhaltenen Wunden starben." Der Bericht stellt fest, daß das Signal zum Feuern gegeben wurde, als die Menge sich etwa 300 Meter von der Militärabteilung befand. Von 262 Verwundeten waren 69 im Rücken und 62 an der Seite verwundet! 117 von den Verwundeten befanden sich in dem Augenblick der Verwundung in liegender Stellung! Im Bericht wird das Zeugnis des Priesters Winokurow angeführt, der den Sterbenden das Abendmahl reichte. Sämtliche Arbeiter erklärten ihm, sie wären vollkommen unbewaffnet und lediglich mit der Absicht gekommen, um dem Staatsanwaltsgehilfen ihre Gesuche zu überreichen. „Sterbende lügen nicht!" schließt der Priester seine erschütternde Aussage.

Die Schuld des Rittmeisters Treschtschenkow wird von dem Senator Manuchin dahin formuliert, daß er angesichts der herannahenden Arbeitermenge „weder persönlich noch durch die zu seiner Verfügung stehenden Polizeichargen irgendwelche Maßnahmen ergriffen hat, um das weitere Heranrücken der Arbeiter zu verhindern, oder die letzteren von der ihnen drohenden Gefahr in Kenntnis zu setzen!" Trotz dieser ungeheuren Schuld wird der Arbeitermörder lediglich wegen Ueberschreitens seiner Machtbefugnisse dem Gericht übergeben! Die ihm drohende Strafe ist äußerst gering, im übrigen jedoch bleibt im Lenarevier alles beim alten. Der oben genannte Rechtsanwalt Kerensky hat die Ergebnisse der Senatorenrevision folgendermaßen zusammengefaßt: „Die Revision hat ausführlich, genau und objektiv die fürchterliche Lage der Lenaarbeiter, ihre unmöglichen Arbeits- und Lebensbedingungen aufgedeckt, sie hat aber keinerlei Maßnahmen ergriffen, um der bestehenden Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen!"

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bureaukratie und die mit ihr eng liierten Aktionäre der Goldgesellschaft alles aufbieten werden, um die Ergebnisse der Senatorenrevision der Oeffentlichkeit zu entziehn. Aber schon das, was jetzt unumstößlich feststeht, genügt vollkommen, um der Zarenregierung auch die Blutschuld für das Gemetzel an der Lena aufs Konto zu setzen.

Rückzug der Albaner?

Während Dienstag noch Telegramme aus Saloniki die Situation in Uesküb als äußerst bedrohlich darstellten, besagen die letzten Nachrichten aus Konstantinopel, daß sich die Arnauten zum Abzug entschlossen und den Rückzug in ihre Berge angetreten hätten. In zwei bis drei Tagen, so wird amtlich in Konstantinopel versichert, werden sie in ihrer Heimat angelangt sein. Auch aus Köprülü seien sie bereits abgezogen. Nur die Albaner in Koriza weigern sich, auseinanderzugehen. Der Ministerrat hat beschlossen, die albanische Frage als erledigt anzusehen. Diejenigen Albanesen, die nicht in die Heimat zurückkehren wollen, sollen als Briganten betrachtet werden. Es ist ihnen für ihre Unterwerfung nur eine eintägige Frist gewährt worden.

Die Regierung hat den Rückzug damit erkauft, daß sie den Albanern die Erfüllung fast sämtlicher Forderungen versprochen hat. Freilich ist Versprechen und Halten zweierlei. Immerhin haben die Albaner ein gewisses Unterpfand für die Erfüllung der Zusagen behalten, nämlich ihre Gewehre. Denn in der Waffenfrage hat die Regierung nachgeben müssen. Die Albaner behalten ihre den Waffendepots „entnommenen" Gewehre; ferner sollen 60 000 in Depots innerhalb Albaniens von der Regierung hinterlegt werden. Da die Forderung der Autonomie auch von den auswärtigen Mächten, namentlich von Oesterreich, unterstützt wird, haben also die Arnauten eine gewisse Garantie dafür, daß sie diesmal nicht so leicht wieder die Geprellten sein werden.

In Konstantinopel selbst dauert die Ministerkrise fort. Der von den Feinden der Jungtürken so sehr angefeindete Justizminister Hussein Hilmi Pascha hat nunmehr seine Demission gegeben und sein Rücktrittsgesuch soll bereits angenommen sein.

Unterdessen gehen die Friedensverhandlungen weiter. Zwar wird erklärt, daß die Mission des aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Walis von Rhodos nichts mit dem Friedensabschluß zu tun habe, sondern darin bestehe, der Pforte die Bedingungen Italiens für die Freilassung der gefangenen türkischen Beamten mitzuteilen. Aber in einem Interview hat der türkische Minister des Auswärtigen zugegeben, daß inoffizielle Verhandlungen im Gange seien, um eine Grundlage für den Friedensschluß zu finden.

An der montenegrinischen Grenze wird weiter gekämpft. Die Montenegriner haben Berane besetzt; sie sollen aber nach den letzten Meldungen wieder abgezogen sein. Gegen diese montenegrinischen Friedensstörungen wendet sich eine scharfe offiziöse Note der „Köln. Ztg.". Es heißt darin:

„Zum Glück hat heute wohl keine einzige Großmacht ein Interesse daran, die orientalischen Gewässer zu trüben, und deshalb dürfte sich auch keine einzige damit einverstanden erklären, daß Montenegro auf eigene Hand Unruhen anstiftet. Die ganze Frage ist für Europa zu wichtig, um Kleinstaaten wie Montenegro zu gestatten, ihre Lösung selbständig in die Hand zu nehmen."

Sollten die Albaner in der Tat in ihre Berge zurückkehren, so würde damit allerdings zugleich für Montenegro die beste Gelegenheit zu weiteren Angriffen genommen sein.

Wechsel im italienischen Oberbefehl.

Rom, 19. August. (Eig. Ber.) Die schon vor mehreren Wochen vom „Avanti" gegebene Nachricht von der Abberufung des Generals Caneva wird jetzt auch von der übrigen Presse bestätigt. Als Grund werden Gesundheitsrücksichten angegeben, aber niemand nimmt diese Angaben ernst. An seine Stelle soll der General Ragni treten. Es heißt, daß auch der Generalstabschef Canevas, Ciancio, abgerufen werde, und man spricht auch von weiteren Veränderungen im Militär- und Zivilkommando Lybiens. Dem nationalistischen „Giornale d'Italia" zufolge stellten diese Aenderungen im Oberkommando den Anfang einer neuen Phase des Krieges dar, nämlich den des Vormarschs ins Innere. Sicher ist, daß Caneva diesen Vormarsch bis jetzt sehr eifrig widerraten hat. Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt, hervorzuheben, daß Canevas Unbeliebtheit bei den Nationalisten gerade daher kam, daß der Gouverneur ein sehr ausgesprochenes Verantwortlichkeitsgefühl besaß und an den Tag legte. Es scheint nun, daß man ihm aus dieser Eigenschaft einen Strick drehen will. Auf einmal wird man gewahr, daß der Mann 67 Jahre alt ist, welche Tatsache wohl kaum von heute auf morgen eingetreten sein dürfte. Jedenfalls bedeutet die Abberufung Canevas einen Sieg der Draufgänger über die Vorsichtigen. Der Wechsel zeigt, wie wenig man in offiziellen Kreisen die Friedensverhandlungen ernst nimmt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. August 1912.

Militäretat und Militärdienstzeit vor der bayerischen Kammer.

In der heutigen Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten führte bei Beratung des Etats des Kriegsministeriums der Kriegsminister Freiherr Kreß von Kressenstein nach Münchener telegraphischer Meldung aus:

Die Einführung der einjährigen Dienstzeit würde in die bayerische Armee tief einschneiden, und er stehe auf demselben ablehnenden Standpunkt wie der preußische Kriegsminister. Er wäre also nicht in der Lage, einen Antrag des Landtages auf Einführung der einjährigen Dienstzeit im Bundesrat zu vertreten, obwohl er zugebe, daß volkswirtschaftliche Gründe die Einführung der einjährigen Dienstzeit wünschenswert machen. Die Einführung dieser Dienstzeit komme der Einführung des Milizheeres gleich. Ein solches System wäre aber unbrauchbar für eine Großmacht wie das Deutsche Reich, das ein festgefügtes Waffenheer haben müsse. Mit der einjährigen Dienstzeit würde der Qualität und dem innern Gehalt des Heeres der schwerste Abbruch getan werden und eine Verflachung einsetzen. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die berittenen Waffen könne von einem für die Schlagfertigkeit der Armee verantwortlichen Kriegsminister niemals zugelassen werden. An dem Privileg der Einjährig-Freiwilligen sei nicht die Militärverwaltung in erster Linie interessiert, wohl aber die betreffenden Berufskreise. Es sprächen also manche Gründe gegen die Beseitigung dieser volkstümlichen Einrichtung. Die Zahl der nach der Einstellung wieder entlassenen Mannschaften sei im Laufe der letzten fünf Jahre wieder gestiegen. Das sei aber zurückzuführen auf das Bestreben, die Mannschaften aus dem Heere zu entfernen, die den dienstlichen Anforderungen auf die Dauer nicht gewachsen sind.

Der Kriegsminister kam sodann auf die Veteranenfürsorge zu sprechen und erklärte, daß für die große Masse der Kriegsteilnehmer die Reichsbeihilfe in Frage komme; das Kriegsministerium habe keinerlei Einwirkung auf die Zuerkennung dieser Beihilfe. Ob diese Beihilfe in Zukunft erhöht werden könnte, sei Sache der Reichsregierung. Was die Offizierspensionierungen anlange, so könne ein Vergleich mit Preußen den Anschein erwecken, als ob in Bayern mehr pensioniert würde als dort. Das sei nicht gerechtfertigt. Die höheren Offiziere seien zwar in Bayern jünger als in Preußen; dabei sei aber zu berücksichtigen, daß in Bayern in den letzten Jahren wiederholt unerwartete Abgänge in den höchsten Stellen eingetreten seien. Bei den Pensionierungen spiele nur das dienstliche Interesse eine Rolle. Er könne versichern, daß kein Offizier abzugehen brauche, weil er durch einen Prinzen übergangen werde. Die Armee begrüße es und rechne es sich zur Ehre, wenn Angehörige des Königshauses in ihren Reihen dienen, und, wenn es sein müsse, auch fechten. In der Verfolgung der Soldatenmißhandlungen werde der Kriegsminister nicht nachlassen. Was die Hitzschläge bei dem Kaisermanöver in Mörchingen bei der 18. Infanteriebrigade betreffe, so habe sich herausgestellt, daß nicht Ueberanstrengung und Gewaltmärsche die Schuld daran trugen, sondern lediglich die übergroße Hitze und Schwüle.

Abg. v. Vollmar (Soz.) erklärte darauf, die Sozialdemokratie setze alles daran, daß der Friede erhalten bleibe. Wenn dies aber nicht gelinge, dann werden auch die Sozialdemokraten alles andere hinter die Not des Vaterlandes zurücktreten lassen und dem Lande ihre Dienste leisten, und sie würden nicht die schlechtesten Verteidiger des Vaterlandes sein. Die Bewilligung des Militäretats sei jedoch eine Vertrauenssache und die Sozialdemokratie könne den Bundesregierungen, die die Sozialdemokratie als inneren Feind bezeichnen, nicht das Vertrauen geben, daß sie ihnen das Instrument zur Verteidigung des Landes anvertraue. Redner wendet sich dann scharf dagegen, daß man Reserveoffiziere, die bei der Wahl sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hätten, verabschiedet habe.

Abgeordneter Dr. Cafselmann (liberal) bedauerte, daß ein Erlaß des früheren Kriegsministers v. Horn, daß die Reserveoffiziere nicht für Sozialdemokraten agitieren dürfen, vielfach Denunziationen von Offizieren zur Folge gehabt habe. Wenn die Sozialdemokratie den Heeresetat ablehne, so handle sie allerdings ungesetzlich. Nach den warmen und patriotischen Worten des Abgeordneten v. Vollmar scheine die Ablehnung aber nur eine politische Demonstration zu sein, die in dem Augenblick wegfallen würde, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit und die Verantwortung habe. Deutschland könne nicht abrüsten; das wäre der Niedergang eines kolossalen wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Verhandlungen über den Militäretat seien um so bedeutender, als im Ausland gewisse Kreise, besonders jenseits der Vogesen, glauben, der Reichsgedanke könnte südlich des Mains und des Taunus da und dort einen Riß bekommen, und Bayern sei nur notgedrungen ein Glied des Deutschen Reiches. Dieses Märchen müsse endgültig zerstört werden. Redner schloß: Wir wollen dem Reich die Wehrmacht geben, die es braucht und festhalten an dem Fundament unserer Heeresverfassung, auf dem das Deutsche Reich aufgebaut ist.

Abgeordneter Gerstenberger (Zentrum) meinte, Abgeordneter v. Vollmar habe in seiner bestimmten Art als Revisionist über die Taktik der Sozialdemokratie hinwegtäuschen wollen und habe dafür das Zentrum angegriffen. Wenn das Zentrum seiner Zeit im Reichstag den Militäretat abgelehnt habe, so sei es lediglich geschehen, weil es sich nicht auf sieben Jahre hinaus binden wollte. Das Zentrum werde mit allen Mitteln die Beseitigung des Duelles aus dem Heere erstreben.

Für die zukünftige Luftflotte

erhebt die „Tägliche Rundschau" allerhand niedliche Forderungen. Sie verlangt, daß die deutschen Aufwendungen dafür auf mindestens die gleiche Höhe gebracht würden, wie in Frankreich, d. h. auf vorläufig 25 Millionen Mark! Davon müsse etwa die Hälfte für die deutsche Motorluftschiffahrt ausgegeben werden, um wirkliche Kriegsluftkreuzer zu bauen (mindestens zehn Stück à eine Million Mark), die nach ihrer Größe und Armierung auch faktisch etwas anderes seien, als die heutige Motorluftschiffahrt, die nur für Schul- und Versuchszwecke tauglich sei. 25 Millionen Mark für den Luftmilitarismus sind doch ein recht respektabler Anfang!

Außerdem klagt das Blatt darüber, daß nicht auch den Siemens-Schuckert-Werken und der Firma Heinrich Lanz der Dank des Vaterlandes für den Bau der Luftschiffe zuteil geworden sei. Wenn das Vaterland mit dieser Anerkennung (gemeint ist darunter wohl vor allen Dingen außer Reden und Essen auch der klingende Dank durch Ankauf der Schiffe, von denen jedes 2 Millionen Mark gekostet haben soll) karge, so könne man es den Unternehmern nicht verdenken, wenn sie „lockenden Auslandserbietungen" folgten, das heißt, gleich der Firma Krupp auch das Ausland mit Mordwerkzeugen versähen. Wie man sieht, erhebt das Unternehmertum und die Unternehmerpresse bereits allen Ernstes Anspruch auf Luftkriegslieferungen größten Stils!

Der Luftmilitarismus kann uns da noch teuer zu stehen kommen!

Teuerung und Beamtenbesoldung.

Die Unterbeamten, deren Gehälter bei der Beamtenbesoldungsreform im Jahre 1909 nur sehr kärglich aufgebessert wurden, leiden unter der gegenwärtigen Lebensverteuerung außerordentlich schwer. Die Regierung wird deshalb nicht umhin können, recht bald in eine Revision der Beamtengehälter, wenigstens der unteren Kategorien, einzutreten.

Leider kümmern sich die bürgerlichen Parteien weniger um das Los der Unterbeamten überhaupt als um die Verhältnisse einzelner besonders begünstigter Beamtenkategorien. Zu diesen Kategorien gehören auch die Förster, deren Gehalt ganz unverhältnismäßig aufgebessert worden ist. Die Revierförster und Förster auf der Forstverwaltung beziehen gegenwärtig ein Gehalt von 1400—2500 Mark. Außerdem freies Brennholz oder Torf und Nebeneinnahmen aus der Jagd. Der Wert all dieser Nebeneinnahmen wird mit 150 M. als pensionsfähiges Diensteinkommen berechnet. Außerdem bezieht noch eine Anzahl von Revierförstern Zulagen von je 450 Mark. Ein anderer Teil der Förster erhält eine nichtpensionsfähige Zulage bis zu 300 M. Trotzdem hat man während der letzten Landtagssession eine weitere Verbesserung des Einkommens gefordert, und heute schlägt die „Deutsche Tageszeitung" vor, daß zum Ausgleich für die Verschiedenartigkeit des Wertes des Dienstlandes den Förstern nur so viel Land überlassen würde, als sie selbst bewirtschaften könnten, und zwar gegen Zahlung eines ortsüblichen Pachtzinses. Als Entschädigung für das eingezogene und in Pachtland umgewandelte Dienstland möge man ihnen eine pensionsfähige Zulage von 500 M. gewähren.

Wir gönnen den Förstern gewiß alle ihnen zugedachten Einkommensverbesserungen und die sozialdemokratische Partei hat sich denn auch in der letzten Session für deren Gewährung ausgesprochen. Nur möchten wir demgegenüber betonen, daß es Hunderttausende von Unterbeamten gibt, die noch weit schlechter gestellt sind und deshalb einen doppelten Anspruch auf Erhöhung ihrer völlig unzureichenden Gehälter haben!

Für die Veteranen.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat folgenden Antrag zum Militäretat eingebracht:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, durch die Vertretung Bayerns im Bundesrat dahin zu wirken, daß dem Reichstag alsbald nach dessen Zusammentritt eine Vorlage zugeht, durch die alle nicht im Besitz eines Ruhegehaltes befindlichen Kriegsteilnehmer eine wirksame Beihilfe zugebilligt erhalten.

Schon wieder ein Veteranen-Selbstmord.

In der Nacht zum Mittwoch erhängte sich in den städtischen Anlagen in Breslau ein alter Kriegsveteran. Er hatte sich zu seinem traurigen Vorhaben eine große Anzahl Orden und Ehrenzeichen, darunter die Kriegsdenkmünzen von 1866, 1870/71 und die Zentenarmedaille angesteckt, aber alle Papiere entfernt, die über seine Person Auskunft geben könnten. — Offenbar hat auch ihn die Not in den Tod getrieben.

Freisinn und Jugendpflege.

Die „Freisinnige Zeitung" beschwert sich bitter darüber, daß der Korruptionsfonds von 1½ Millionen Mark, der aus dem preußischen Staatssäckel für die Förderung der Jugendfürsorge ausgegeben wird, nicht einer vernünftigen körperlichen Jugendpflege diene, sondern ganz wesentlich den konfessionellen Jugendvereinen zugewendet werde. Infolge der aus staatlichen Mitteln geleisteten Unterstützung schössen diese konfessionellen Jugendvereine wie die Pilze aus dem Boden. Dadurch werde die Zersplitterung nützlicher Vereine, z. B. Turnvereine, nur gefördert. Statt die Jugend vernünftig auszubilden, traktiert man sie mit Heiligengeschichten und Bibelstunden. Das seien die Früchte, die am Baum der staatlichen Jugendfürsorge wüchsen!

Es ist erstaunlich, daß der Freisinn das jetzt erst zu begreifen beginnt! Als der Korruptionsfonds im Jahre 1911 geschaffen wurde, hatte der Freisinn nicht das geringste gegen die Vergeudung staatlicher Mittel einzuwenden! Trotzdem damals der sozialdemokratische Redner in mehrstündiger Rede ein Bild der ganzen bisherigen „Jugendpflege" gab und deren reaktionäre und muckerische Tendenzen in der schärfsten Weise beleuchtete, stimmte der Freisinn dennoch für den Korruptionsfonds, weil er hoffte, daß auch in seine Kasse ein Sümmchen fließen würde. Der Freisinn hat also nicht die geringste Ursache, sich über ein System zu beklagen, daß er selbst unter völliger Preisgabe freisinniger Grundsätze hat mitschaffen helfen!

Der straffreie Korpsstudent.

Wir leben in einem Rechtsstaate! Dieser fundamentale Lehrsatz der bürgerlichen Klassen wurde durch ein Urteil der Kölner Strafkammer aufs neue unwiderleglich festgestellt. Zur Zeit des Kölner Karnevals hatte der Bonner Korpsstudent Knipping nach einer Sektkneiperei mit einer Frauensperson deren Wohnung aufgesucht. Dort geriet er mit seiner Schönen in Streit und verletzte sie durch mehrere Messerstiche schwer. In seiner Wut verwundete Knipping auch eine andere in demselben Hause wohnhafte Frau. Der Messerstecher wurde verhaftet, bald aber wieder freigelassen. Jetzt hatte sich die Kölner Strafkammer mit dem brutalen Gewaltakt des Korpsstudenten zu beschäftigen. Durch das Urteil des Gerichts wurde auf Antrag des Staatsanwalts **der Messerstecher freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.** Zu diesem sensationellen Rechtsspruch wurden die Richter wohl veranlaßt durch das Gutachten des Universitätsprofessors Oberarzt Dr. Büchler-Bonn, der als Sachverständiger bekundete, daß der Angeklagte erblich belastet sei, denn seine Mutter habe an Migräneanfällen gelitten. Knipping selbst reagiere stark auf Alkohol und der höchste Grad der Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß sein freier Wille bei Ausübung der Tat beeinflußt gewesen sei.

Das natürlich nach bestem Wissen und Gewissen abgegebene Sachverständigengutachten schafft dem Korpsburschentum freie Bahn. Wenn wieder einmal von Korpsstudenten ein Exzeß begangen wird, der zur Anklage führt, müssen die Angeklagten freigesprochen werden, denn bekanntlich reagieren fast alle Korpsstudenten stark auf Alkohol und fast alle Mütter leiden an Kopfschmerzen — manchmal um den lieben Sprößling.

Der Masse der Bevölkerung aber bleibt trotz des Freispruchs immerhin die tröstliche Gewißheit, daß der Arm der Gerechtigkeit jeden wirklichen Verbrecher packt. Mußte doch eine Frau mit ihrem Säugling ins Gefängnis wandern, weil sie während des Bergarbeiterstreiks den Arbeitswilligen „Pfui! Ihr Streikbrecher!" zugerufen hatte. Schließlich kann man doch nicht annehmen, daß die an dem glücklichen Ausgang des Lohnkampfes aufs Aeußerste interessierte Bergarbeiterfrau durch den schmachvollen Verrat der Streikbrecher so aufgeregt wurde, daß ihr freier Wille bei Ausübung der Tat beeinflußt gewesen sei.

Im Namen des Königs: die Bergarbeiterfrau mit ihrem Säugling muß ins Gefängnis, der niederstechende Korpsstudent wird freigesprochen!

Wir leben in einem Rechtsstaate!

Wie in Elsaß-Lothringen „Fälle" entstehen.

In dem unterelsässischen Städchen Oberehnheim trat am 1. April d. J. der bisherige Bürgermeister Gierlich zurück, und der Gemeinderat, der nach der elsaß-lothringischen Gemeindeordnung nur das Recht des Vorschlags für die Bürgermeister- und Beigeordnetenstellen hat, brachte mittelst geheimer Wahl den bisherigen Beigeordneten Rumpler zum Bürgermeister in Vorschlag. Es vergingen die üblichen Wochen Bedenkzeit für die regierende Bureaukratie, dann versagte die Regierung die Genehmigung, das heißt, sie ernannte den Herrn Rumpler nicht als Bürgermeister. Ein Grund für diese Nichtbestätigung wurde von der hohen Regierung, da sie dergleichen nicht nötig hat, nicht angegeben. Leider vermag aber eine hochwohlweise Regierungsmaßnahme, die der Begründung entbehrt, in unsern Tagen der Auflösung aller Bande nicht einmal mehr dem Gemeinderat eines gut klerikalen elsässischen Kantonsstädtchens zu imponieren, und der am 9. August zur erneuten Stellungnahme in dieser Angelegenheit zusammengetretene Gemeinderat von Oberehnheim war so unbotmäßig, den abgelehnten Herrn Rumpler mittels geheimer Wahl nochmals zum Bürgermeister in Vorschlag zu bringen. Eine neue Entscheidung der Regierung ist noch nicht getroffen.

Inzwischen aber haben sich „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und „Post" bemüßigt gefühlt, den Grund für die Nichtbestätigung des Herrn Rumpler als Bürgermeister anzugeben: Herr Rumpler ist als Bürgermeister für die Regierung des Grenzlandes Elsaß-Lothringen nicht annehmbar, weil er — einen Sohn hat, der in der französischen Armee als Offizier dient. Dem Manne, der ja zudem einen wenig beruhigenden Namen hat, wäre zuzutrauen, daß er gegebenenfalls die deutsche Mobilmachung stört.

Und nun ist der neueste „Fall" fertig. Die reichsländische und die französische Nationalistenpresse zehrt davon, und in der elsaß-lothringischen Zweiten Kammer wird sich beim Wiederzusammentritt im Januar der Abgeordnete Wetterlé die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Lächerlichkeit dieser Art von Vaterlandsrettung den Machthabern zu Gemüte zu führen. Denn tragisch ist jene Verwandtschaft des biederen Oberehnheimer Beigeordneten mit der französischen Armee desto weniger zu nehmen, wenn man sich erinnert, daß der gegenwärtige kaiserliche Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, als hannoverscher Offizier und der gegenwärtige Staatssekretär, Baron Zorn v. Bulach, als französischer Offizier schon gegen Preußen im Felde standen. Wetterlés „Nouvelliste" ist ferner respektlos genug, daran zu erinnern, daß man vor kurzem in Elsaß-Lothringen einen kaiserlichen Statthalter hatte, dessen Sohn bereit war, zur Rettung eines Teiles seines großen Vermögens die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben, und daß dieser Sohn später doch noch Bezirkspräsident des Oberelsaß werden konnte. Ferner: daß Prinz Heinrich von Preußen den Zaren zum Schwager hat, der soeben zur Bekräftigung der französisch-russischen Allianz den französischen Ministerpräsidenten so warm empfangen hat; daß Wilhelm II. selbst in naher Verwandtschaft zum englischen Königshause steht usw.

Quod licet Jovi, non licet bovi — was dem Jupiter erlaubt ist, ist nicht einem Ochsen erlaubt. Schön! Aber in dieser bösen Zeit fangen die Ochsen zu denken an, und so geht jene Regierungsmaxime der römischen Cäsaren in die Brüche. Mit den „Fällen", die die reichsländische Regierung unter dem Einfluß der pangermanischen Hetze fort und fort in der kurzsichtigsten Weise konstruiert, besorgt sie nur die Geschäfte der elsässischen Nationalisten.

Aus Kraetkes Reich.

Die Telegraphenarbeiter und -Handwerker der Reichspostverwaltung haben wiederholt an den Reichstag petitioniert um Gewährung fester Anstellung und Gleichstellung mit den unteren Staatsbeamten. Der Reichstag hat die Petitionen unterstützt, und Kraetke hat sich nunmehr zu einer Tat aufgerafft. Er hat verfügt, daß künftighin „die Entlassung der Telegraphenarbeiter und -Handwerker von mindestens zehnjähriger Dienstzeit — mit oder ohne Aufkündigung des Dienstverhältnisses — nicht mehr den zunächst vorgesetzten Dienststellen oder Beamten, sondern nur den Oberpostdirektionen zusteht".

Auch die Militärdienstzeit soll diesen Arbeitern jetzt auf die Lohndienstzeit angerechnet werden.

Eine erstaunliche Leistung!

Schweiz.

Das Fiasko der Ausweisungspolitik.

Zürich, 19. August. (Eig. Ber.)

Die Regierung hat auf die angerufene Intervention des deutschen Generalkonsuls in Zürich hin die gegen unseren Genossen Bertram wegen „Beteiligung am Generalstreik" oder am „Aufruhr" verfügte Ausweisung aus dem Kanton Zürich wieder zurücknehmen müssen, offenbar wegen Verletzung der im deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag garantierten Niederlassungsfreiheit. Genosse Bertram war Mitglied des Vorstandes der Arbeiterunion, aber Gegner des Generalstreiks, auch hatte er sich keinerlei Gesetzesverletzungen zuschulden kommen lassen, was freilich auch von den anderen ausgewiesenen Genossen gilt. Genosse Bertram betrieb in Zürich ein eigenes Graveurgeschäft, aus dem er von der Regierung in der unverantwortlich leichtfertigsten Weise herausgerissen und damit seine Existenz vernichtet worden war. Der Vorgang zeigt, daß die vielberufene „Mittelstandsfürsorge" nur für jene „Mittelständler" gilt, welche bürgerlich gesinnt sind, nicht aber auch für jene mit sozialdemokratischer Gesinnung, die man für vogelfrei erklärt.

Die Züricher Kantonsregierung mag sich nun für ihre wohlverdiente Niederlage bei den Bürgerverbändlern bedanken, zu deren verächtliche Handlangerin sie sich erniedrigt hatte. Nach diesem Fiasko wird wohl auch der Bundesrat in Bern es sich noch gründlich überlegen, ob er dem Geschrei der Scharfmacher, die nur aus dem Kanton Zürich ausgewiesenen Genossen nachträglich noch aus der ganzen Schweiz auszuweisen, folgen soll. Hoffentlich unterläßt er die aufreizende und erbitternde Maßregel.

Das „Volksrecht" fordert die schleunige Zurücknahme aller Ausweisungen, da sich keiner der Ausgewiesenen irgendwie gegen die bestehenden Gesetze vergangen hat. Nur dadurch würde die Regierung den von ihr durch die Ausweisungen verübten Gewaltakt einigermaßen wieder gutmachen.

Belgien.

Die Arbeiter und der Generalstreik.

In der „Action économique", einer bürgerlichen volkswirtschaftlichen Zeitschrift, berichtet ein Mitarbeiter über eine Studienreise in die wallonischen Industriebezirke Centre und Borinage, die Mittelpunkte der Generalstreikbewegung. „Ich hatte Brüssel mit der Ueberzeugung verlassen," schreibt er, „daß die Streikdrohung eben nur eine Drohung sei, ein Druck auf die Regierung, ein taktisches Mittel. Heute denke ich ganz anders. Ich sprach mit vielen Arbeitern, und mehrere Ingenieure und Fabrikanten haben mir ihre Eindrücke mitgeteilt. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Arbeiter auf die erste Aufforderung die Arbeit verlassen werden. Selbst wenn heute die sozialistischen Führer versuchen sollten, die Arbeiter vom Streik abzubringen, es würde ihnen nicht gelingen. Die Genossenschaften haben, um die große Gefahr des Kreditgebens zu vermeiden, Sparmarken hergestellt, die als Papiergeld des Streiks dienen werden. Die Sparer sind Legion. Ein wahrer Kriegsschatz wächst heran.

Was mich aber vor allem gepackt hat, als ich verstehen konnte, daß ihr Entschluß endgültig war, das ist die Ruhe der Arbeiter. Es gibt da mehr Entschlossenheit als Erregung. Sie sparen für den Streik, wie sie es tun würden, um sich einen Ferienmonat zu bezahlen. Und noch eins: die wallonischen Arbeiter haben das klare Bewußtsein, daß sie ein Recht verlangen, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht eine Sache ist, über die nicht mehr zu reden ist. Dieser Gedanke ist tief eingewurzelt. Für den Triumph dieser Idee werden sie bis zum Ende kämpfen. Irgendein revolutionärer Gedanke ist nicht dabei. Sie fordern die Wahlrechtsgleichheit, wie sie eine Lohnerhöhung fordern würden. Ich glaube also nicht an Aufruhr und Unruhen. Die wallonischen Arbeiter wollen eine friedliche Kundgebung. In ihrer Haltung ist ebensoviel guter Mut wie Entschlossenheit."

Marokko.

Fortwährende Kämpfe.

Paris, 21. August. Aus Fez wird unter dem 19. d. M. gemeldet: Die Kolonne Pein, die in El Ajun lagerte, wurde am Sonnabend früh von Abteilungen der Fechtals, die aus Norden kamen, angegriffen. Die Kolonne brach das Lager ab, zog sich zum Schein zurück und lockte den Feind auf ein Terrain, das für die Anwendung der Artillerie günstig war. Durch einen heftigen Angriff trieb sie dann den Feind, der bedeutende Verluste hatte, bis jenseits des Mulay Buchta zurück. Auf seiten der Franzosen wurde ein Senegalschütze getötet und zwei verletzt. Am Abend bezog die Kolonne wieder ihr altes Lager.

Die Lage im Süden von Fez ist andauernd unruhig. Die Kolonne Rebillot rückt gegen Bahlil in der Nähe von Sefru vor, um die Absichten der Berber zu durchkreuzen; von dort wird sie sich nach El Hajeb begeben, von wo feindliche Bewegungen der Beni Mgild gemeldet worden sind.

Persien.

Ein revolutionärer Aufruf.

Täbris, 21. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier werden Proklamationen des Konstitutionskomitees in Aserbeidschan verbreitet, in denen das Volk aufgerufen wird, die Verfassung wiederherzustellen und das Land zu retten.

China.

Wachsende Erregung.

Die Nachricht von der Ermordung Sunyatsens hat sich nicht bestätigt. Dagegen ist die Erregung wegen der Hinrichtung der revolutionären Generale beständig im Wachsen. In Wutschang soll es bereits zu Kämpfen zwischen Revolutionären und Regierungstruppen gekommen sein.

Amerika.

Der Panamakanal.

Washington, 21. August. Die Senatskommission für den Panamakanal hat mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, über die von Taft in seiner Sonderbotschaft von gestern angeregte Resolution nicht zu berichten. Bei der Abstimmung darüber wurde der Meinung Ausdruck verliehen, Taft werde kein Veto gegen die Bill einlegen, wenn die Resolution nicht durchgehe. Diese Meinung beruht darauf, daß in der Sonderbotschaft die Bill nicht als eine Verletzung der Rechte anderer Nationen betrachtet wird.

Das Repräsentantenhaus hat den Konferenzbericht zum Flottenetat, der den Bau eines großen Schlachtschiffes vorsieht, angenommen.

Ein neues Blutbad in Nicaragua.

New York, 21. August. Nach einer verspätet eingetroffenen Depesche aus Managua ist am Sonntag in der Nähe von Leon im Norden von Managua die ganze 500 Mann starke Garnison von Managua, mit Ausnahme von 70 Mann, von den Rebellen niedergemetzelt worden.

Soziales.

Ein Entschuldigungszettel als Anklage.

Ein Stettiner Schulmann erhielt von der Mutter eines Schülers nachstehenden sprechenden Entschuldigungszettel, den er der „Ostsee-Zeitung" übergab:

Herr Lehrer! Bitte diesen Zettel durchzulesen und Herrn Rektor denselben gütigst zu übermitteln. Wie Wilhelm mir heute erzählt, hat der Herr Rektor ihn wieder in Gegenwart der ganzen Klasse gescholten wegen seiner langen Haare und seiner Jacke. Ich habe keine andere Jacke für Wilhelm, waschen kann ich sie nicht, weil es alle Tage regnet, sie würde nicht bis zum Morgen trocken werden, und 15 Pf. zum Haarschneiden habe ich diese Woche auch nicht übrig. Ich möchte noch bemerken, daß mein Junge von seinen Mitschülern gehänselt wird, ihm wird die Schule deswegen ganz verleidet. Es kostet mir Mühe, ihn zu überreden, daß er morgen hingeht. Er behauptet, Herr Rektor will ihm die Haare ausreißen, wenn sie nicht geschnitten sind. Mit folgendem möchte ich Herrn Rektor beweisen, daß es nicht an mir liegt, wenn meine Kinder keinen zweiten Anzug zum Wechseln haben. Ich erhalte durchschnittlich wöchentlich 25 M. Davon geht ab für

Miete	8,50	M.
Versicherung	—,50	„
Verband	—,80	„
Steuer (vierteljährlich 4,50)	—,37½	„
Zeitung	—,22½	„
	5,40	M.

25,— M.
5,40 „
19,60 M.

Ich besitze 8 Kinder, meinen Mann und meine Wenigkeit zugerechnet, sind's 10 Personen. Herrn Rektor wird es vielleicht nicht interessieren, aber da ich nun schon einmal beim Schreiben bin, kann Herr Rektor auch mal erfahren, wie eine Proletarierfamalie sich das Geld bis ins kleinste einteilen muß:

Für täglich zwei Brote

Brot	5,60	M.
Semmel (tägl. 80 Pf.)	2,10	„
Milch (tägl. 1 Liter)	1,40	„
Kartoffeln (tägl. 1 Metze)	2,80	„
	11,90	M.

19,60 M.
11,90 „
7,70 M.

Für die 7,70 M. soll gekauft werden: Fleisch, Belag, Schmalz, Gemüse, Feuerung, Seife.

Was bleibt wohl davon übrig für Kleidung und so manchmal recht notwendige Neuanschaffung in der Wirtschaft?!

K. G."

Nicht in pathetischen Klagen, in nüchterner, kühler Berechnung konstatiert der schlichte Brief einer proletarischen Mutter des arbeitenden Volkes schwere Not. Die so dem Elend ins Auge schauen, wissen auch den Weg zu besseren Verhältnissen zu finden. Das ist das Tröstliche, das dieser Brief ausatmet.

Den herrschenden Beutepolitikern und der Regierung, die, ohne sich zu rühren, das Volk hungern läßt, ist dieser Entschuldigungszettel aber eine wuchtige Anklage. Mögen sie sich hüten, den Bogen noch mehr zu überspannen!

Gewerkschaftliches.

Der britische Gewerkschaftskongreß.

Der 45. Kongreß der britischen Gewerkschaften wird am 2. September in Newport (Monmouthshire) eröffnet werden. Die reichhaltige Tagesordnung enthält neben den regelmäßig alle Jahre wiederkehrenden Resolutionen über politische und wirtschaftliche Fragen manche Punkte, die deutlich die Tendenzen und Gedanken erkennen lassen, die in der britischen Gewerkschaftswelt vorherrschend sind. Vor allem ist es die Frage der Zentralisation, die die Gemüter beschäftigt. Schon zwei frühere Gewerkschaftskongresse haben sich zugunsten der Bildung von Industrieverbänden ausgesprochen, ohne daß wirklich ansehnliche Erfolge auf diesem Gebiete erzielt worden wären. In diesem Jahre kommen die Maurer mit einer Resolution, in der das Parlamentarische Komitee aufgefordert wird, Konferenzen einzuberufen und Propaganda zu betreiben, um die Idee der Verschmelzung zu fördern. Ein Abänderungsantrag der Nationalen Gewerkschaft der Dockarbeiter verlangt die Föderation der Gewerkschaften einer Industrie, falls eine Verschmelzung nicht zustande kommen sollte, damit eine einheitliche Taktik befolgt werden könne; auch enthält dieser Antrag eine Absage an den Syndikalismus. Gegen die antipolitischen Tendenzen richtet sich ein Antrag des Parlamentarischen Komitees, der folgenden Wortlaut hat:

„Dieser Kongreß bekräftigt seine unveränderte Befürwortung der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse, die den wirtschaftlichen Kampf um einen gerechteren Anteil an dem produzierten Reichtum unterstützt, und spricht sich auch zugunsten eines größeren Anteils der Vertretung in nationalen und lokalen Körperschaften aus angesichts der fortschreitenden Zentralisation sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten in den Händen der Regierung und der lokalen Behörden."

Man kann nicht gerade sagen, daß diese etwas ungeschickt abgefaßte Resolution den Nagel auf den Kopf trifft.

Die Frage des Achtstundentages ist in der letzten Zeit in vielen Berufen sehr aktuell geworden. Namentlich sind es die Metallarbeiter (Engineers), Buchdrucker und Möbelarbeiter, die in der Agitation stehen. Die letzteren und die Gasarbeiter verlangen in ihren Resolutionen einen allgemeinen gesetzlichen Achtstundentag und eine planmäßige Propaganda im ganzen Lande. Die Möbelarbeiter fordern auch die Beteiligung der britischen Gewerkschaften an der Maifeier, damit die Arbeiterschaft Großbritanniens mit ihren Kollegen in anderen Ländern in Reih und Glied gebracht werde. Sehr interessant sind die von der Gewerkschaft der Landarbeiter eingereichten Anträge. Sie enthalten folgende Forderungen: Kürzere Arbeitszeit und einen halben Feiertag in der Woche für Landarbeiter; Eintragung der Landarbeit in die Liste der Berufe, für die nach dem Gesetz über das Schwitzsystem (1910) Lohnämter errichtet werden müssen; obligatorische Bebauung alles landwirtschaftlichen Bodens.

Ein Nachklang des letzten Londoner Hafenarbeiterstreiks ist die Resolution der Typographischen Assoziation, in der ein Gesetz gefordert wird, wodurch die zwischen den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber geschlossenen Verträge über Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gesetzlich bindend gemacht werden sollen. Wie erinnerlich sein wird, wurde ein ähnlicher Gesetzentwurf während des letzten Streiks von der Arbeiterpartei im Parlament eingebracht. Von den übrigen Anträgen sind noch folgende zu erwähnen. Die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter fordert einen wöchentlichen Mindestlohn von 30 Schilling für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen. In einer Resolution der Londoner Buchdrucker heißt es, daß die Gewerkschaften sofort eine Agitation zugunsten einer allgemeinen Lohnerhöhung von 5 Schilling die Woche entfalten sollten; begründet wird der Antrag mit dem Hinweis auf die gesunkenen Reallöhne. Dieselbe Gewerkschaft fordert auch ein Gesetz, das die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage obligatorisch machen soll. Wieder einmal kehrt ein Antrag auf Verschmelzung der bestehenden Zentralorganisationen wieder. In früheren Jahren wurde eine Zentrale verlangt, die die Arbeiterpartei, den Gewerkschaftskongreß und den Allgemeinen Gewerkschaftsverband umfassen sollte. Dieses Mal hat man den Gewerkschaftsverband ausgelassen. Der Antrag kommt wieder von den Kesselschmieden, die nach ihrer Niederlage vor zwei Jahren die eifrigsten Verfechter des Zentralisationsgedankens geworden sind. Sie legen dem Kongreß sogar einen Organisationsplan fix und fertig vor. Danach soll jährlich ein großer Arbeiterkongreß abgehalten werden, auf dem die Gewerkschaften und die sozialistischen Gesellschaften vertreten sein sollen. Als Aufgaben des Kongresses werden bezeichnet: die Ueberwachung aller die Interessen der Arbeiterschaft berührenden Gesetze, die Organisierung und Erhaltung einer Arbeiterpartei im Parlament, die Sammlung eines Fonds zur gegenseitigen Unterstützung.

Der 45. Kongreß der britischen Gewerkschaften verspricht ein Ereignis von außergewöhnlicher Bedeutung zu werden.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung im Dachdeckergewerbe.

Sehr gute Erfolge sind in den letzten Tagen erzielt worden. Wieder haben 8 Firmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterschriftlich anerkannt. Darunter befindet sich eine große Firma und mehrere sehr gute Mittel- und Kleinbetriebe. Insgesamt haben jetzt 23 Firmen unterschrieben.

In den Reihen der Arbeitgeber fängt es jetzt an zu gären. Nur wenige sind noch mit der Haltung des Arbeitgeberverbandes einverstanden. Bei der großen Mehrzahl ist der Wunsch nach Frieden vorhanden. Von diesen Arbeitgebern wird allgemein der Anschluß an das Kartell im Baugewerbe verurteilt. Ohne alle Umschweife sprechen sie es aus, daß sie durch die Drahtzieher im Baugewerbe in die Tinte geführt worden sind. Von jener Stelle aus ist den Arbeitgebern diktiert worden: der Abschluß des Vertrages darf nur bis 31. März 1913 erfolgen. Dieser Diktatur widersetzten sich die Arbeiter und dieserhalb haben es die Arbeitgeber zum Kampf kommen lassen. Forderungen haben die Arbeiter gar nicht gestellt, nur der alte Vertrag sollte verlängert werden. Hätten die Arbeiter nur noch mit den Dachdeckermeistern zu tun, so wäre der Kampf im Gewerbe sicher nicht entbrannt, oder aber er wäre bereits erledigt. So aber forderten die Tonangebenden im Baugewerbe: kein Nachgeben! Und die Dachdeckermeister waren kurzsichtig genug, sich den Wünschen und dem Willen dieser Herren zu fügen.

In letzter Zeit haben sich die Arbeitgeber einen Arbeitsnachweis eingerichtet, um sich gegenseitig unorganisierte Arbeitskräfte zuzuführen. Sehr schlecht muß es allerdings mit der Arbeitsvermittelung der Arbeitgeber bestellt sein. Fortgesetzt machen sie die größten Anstrengungen, um nur einige Leute zu bekommen. Mit diesen Elementen wird es ihnen nicht im entferntesten möglich sein, ihre notdürftigsten Arbeiten zu erledigen. Von welcher Qualität diese nützlichen Elemente mitunter sind, beweisen einige Aussprüche der Arbeitgeber selbst. Mit der größten Verachtung urteilen sie über diese Menschen. Sogar ein Polizeibeamter bezeichnete die Arbeitswilligen auf einem Bau den Streikposten gegenüber als ausgesprochene Pennbrüder.

Gegen den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber wendeten die Arbeiter sich beschwerdeführend an das Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises, weil es durch die Geschäftsordnung des paritätischen Facharbeitsnachweises für das Dachdeckergewerbe verboten ist, neben diesem Nachweis noch andere Vermittelungsstellen zu unterhalten. Die Verhandlung im Kuratorium fand am Dienstag, den 20. August, statt. In dieser Sitzung bestritten die Arbeitgeber, daß sie sich einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung des paritätischen Arbeitsnachweises hätten zuschulden kommen lassen. Nur weil sie vom paritätischen Nachweis keine Arbeitskräfte bekommen konnten, hätten sie zur Selbsthilfe, zur Gründung ihres Meisterarbeitsnachweises schreiten müssen. Von den Arbeitnehmern wurde den Herren nachgewiesen, daß sie die Geschäftsordnung umgangen haben. Nach dieser dürfen sie einen anderen Arbeitsnachweis nicht gründen. Eine Einigung war hierüber nicht zu erzielen. Es soll am 27. August noch einmal verhandelt werden.

Am Montag fand auch eine Vertrauensmännersitzung statt. In dieser wurden die Berichte über die Vorkommnisse in den einzelnen Werkstellen gegeben. Nach den Berichten der Vertrauensleute stehen die Dinge für die Arbeiter sehr gut. Es wurde von allen Vertrauensleuten betont, daß die bisherige Taktik der Streikleitung die richtige gewesen ist. Es soll nach dieser Taktik weiter gehandelt werden. Ebenfalls wurde von den Vertrauensleuten hervorgehoben, daß die Kampfesstimmung unter den Ausständigen noch dieselbe ist wie am ersten Tage. Ausgesprochen wurde auch, daß die gesamten Bauarbeiter den Dachdeckern die größte Sympathie bekunden.

Noch einmal sei hervorgehoben, daß der Ausstand kein allgemeiner ist. Die Arbeitgeber haben beschlossen, die Dachdecker allgemein auszusperren, dieses ist ihnen nicht gelungen. Es haben von 200 Arbeitgebern ganze 30 ausgesperrt. Bei den anderen Arbeitgebern haben die Arbeiter die Arbeit einstellen müssen. Arbeitsberechtigungskarten sind nur an die Dachdecker ausgegeben worden, die in Betrieben arbeiten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterschriftlich anerkannt worden sind. In zweifelhaften Fällen werden die Bauarbeiter gebeten, sich an den Verband der Dachdecker, Sophienstr. 6, Telephon Amt Norden, Nr. 2583, zu wenden.

Achtung! Metallarbeiter. Bei der Firma Heubach in Tempelhof, Coldizstraße, befinden sich die Kollegen im Streik. Die Firma versucht durch Inserate in verschiedenen Zeitungen Arbeitswillige zu bekommen. Wir ersuchen die Metallarbeiter, etwaige Arbeitsangebote der Firma Heubach zurückzuweisen bezw. nicht zu beachten. Die Firma Heubach in Tempelhof ist für Metallarbeiter jeder Branche bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Tapezierer (Kleber). Die Sperre gegen die Firma Knauer, Jasmunder Str. 12 (Bauten Schöneberg, Hochkirchstr. 8 und 14; Charlottenburg, Danckelmannstr. 4 und Berlin, Neue Hochstraße 8) ist hiermit aufgehoben.

Die Schlichtungs-Kommission.

Achtung, Friseurgehilfen. Aufgehoben ist die Sperre bei Behrend, Triftstr. 40. — Bewilligt haben ferner: Sapowski, Amsterdamer Str. 8; Paar, Beusselstr. 36; Honopyna, Holzmarktstr. 66; Dambrowski, Adlershof, Bismarckstr. 18; Chonilewski, Neukölln, Selchower Str. 35.

Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Immer wieder Unternehmerterrorismus.

Die Leipziger Fleischerinnung, die den Arbeitsnachweis für das Fleischergewerbe in Leipzig in der Hand hat, legt nach einem Innungsbeschluß den arbeitsuchenden Fleischergesellen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vor:

„Bei Annahme des umstehend näher bezeichneten Arbeitsverhältnisses erklärt der Geselle ausdrücklich, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands ist, wie er sich auch weiterhin verpflichtet, diesem Verband nicht beizutreten. Sollte die vorgenannte Erklärung nicht auf Wahrheit beruhen oder sollte der Geselle, entgegen vorstehender Verpflichtung diesem Verbande noch beitreten, so ist der Meister verpflichtet, den Gesellen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne Entschädigung sofort zu entlassen."

Dies Organisationsverbot der Leipziger Fleischermeister beweist, daß der Zentralverband der Fleischer die Interessen der Berufsangehörigen zu wahren versteht und daß ihn die vom Herrendünkel beseelten Innungsleute fürchten. Das entschuldigt ihr terroristisches Vorgehen aber nicht im mindesten. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Unternehmer ihr wirtschaftliches Uebergewicht mißbrauchen, um den Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation bei Strafe der Brotlosmachung zu verbieten. Ein Gesetz, welches die Arbeiter gegen derartige Vergewaltigungen ihres Koalitionsrechts schützt, ist dringend notwendig.

Polnisch-nationalistische Gewerkschaftszersplitterer.

Die polnische Berufsvereinigung hat nunmehr ihren drei bisherigen Fachabteilungen eine neue hinzugefügt. Zu diesem Zwecke fand kürzlich in Posen eine Konferenz der im Rahmen der Handwerkerabteilung der polnischen Berufsvereinigung vorhandenen größeren Baugewerbegruppen, und zwar der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, statt. Es wurde einstimmig beschlossen, eine besondere Fachabteilung für polnische Bauarbeiter zu errichten. Zurzeit sollen laut einer speziell veranstalteten Statistik innerhalb der polnischen Berufsvereinigung gegen 2500 Maurer und Zimmerer organisiert sein. Zum Vorsitzenden dieser neuen Fachabteilung ist ein gewisser W. Seczodrowski gewählt worden. Gegenüber von 290 136 Organisierten im freien Bauarbeiterverband im Jahre 1911 nimmt sich das neue Organisationchen einfach lächerlich aus. Immerhin ist es zu bedauern, daß es sogar 2500 polnische Bauarbeiter gibt, die sich durch polnisch-nationalistische Tiraden betören lassen. Hoffentlich werden sie bald einsehen, daß sie erfolgreich für Verbesserung ihrer Lebenslage nur gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen wirken können und müssen und daß es in ihrem ureigensten Interesse liegt, sich den freien Verbänden ihres Berufes anzuschließen. Für ihre sprachlich-kulturellen Bedürfnisse wird innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung nach jeder Richtung gesorgt.

Ausland.

Die Streikbewegung in Rußland.

Der Moskauer Fabrikantenverband veröffentlichte dieser Tage Angaben über die Streikbewegung während Januar—Mai d. J. Nach diesen Angaben haben während der Berichtszeit 613 000 Arbeiter oder 37 Proz. aller russischen Arbeiter gestreikt! An der diesjährigen Maifeier haben nach diesen Angaben 300 000 Arbeiter teilgenommen, während die Sympathiestreiks aus Anlaß der Lenameyelei 215 000 Teilnehmer zählten. An den wirtschaftlichen Streiks haben in den ersten fünf Monaten d. J. zirka 100 000 Arbeiter teilgenommen. Der Bericht sucht den mächtigen Eindruck dieser Zahlen dadurch abzuschwächen, daß er fünf Sechstel der wirtschaftlichen Streiks „sozialpolitischen Ursachen" zuschreibt. Dieses Argument charakterisiert lediglich die unheilbare Stupidität und grenzenlose Heuchelei der russischen Unternehmerklasse, die sich von dem Vorwurf der unmenschlichen Exploitation durch den Hinweis auf die „sozialpolitischen Ursachen" zu reinigen sucht, und zugleich in der Aufrechterhaltung dieser sozialen und politischen Zustände den besten Schutzwall gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse sieht.

Dockarbeiterstreik in London.

London, 21. August. (W. T.) 2000 Arbeiter haben gestern die Londoner Docks verlassen und sind in den Streik getreten. Als Ursache des Streiks wird die Verweigerung einer Lohnerhöhung bezeichnet.

Ausstand der Liverpooler Dockarbeiter.

London, 21. August. (W. H.) 2000 Arbeiter, welche an dem Bau des neuen Docks in Liverpool beschäftigt waren, haben gestern die Arbeit niedergelegt und verlangen eine Lohnerhöhung.

Streiks in Brasilien.

Rio de Janeiro, 21. August. (W. T. B.) Die Verlader der Eisenbahngesellschaft Leopoldina streiken seit gestern, so daß der Durchgangsverkehr teilweise lahm liegt. Im hiesigen Hafen hat der Streik bedeutenden Schaden angerichtet. Die Handelskreise bereiten einen Protest gegen die Direktoren der Leopoldina vor. Die Blätter sind auf seiten der Streikenden. — Die Lage in Santos verschlimmert sich immer mehr. 3000 Dockarbeiter sind im Ausstande. Patrouillen überwachen die verlassenen Kais. Da Unruhen vorgekommen sind, ist ein Kriegsschiff dorthin entsandt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterin in den österreichischen Gewerkschaften.

Mit bewunderndem Neide haben die österreichischen Genossinnen immer wieder die rapide Zunahme der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften Deutschlands vernommen. Leider konnte man von Oesterreich Jahre hindurch von keiner Zunahme berichten. 1907 war in Oesterreich der höchste Stand von 46 401 weiblichen Mitgliedern erreicht. Dann sank diese Zahl 1908 auf 44 643, 1909 auf 39 736 (dies war die erste Zählung ohne die tschechoslawischen Mitglieder). 1910 begann wieder der Aufstieg. Es wurde die Zahl von 42 607 erreicht und Ende 1911 wurde die höchste Zahl verzeichnet, die es in Oesterreich je gab: 47 991 weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. Während in der Berichtsperiode die männlichen Mitglieder um 4,47 Proz. zugenommen haben, beträgt der Gewinn bei den weiblichen Mitgliedern 12,51 Prozent. Dies zeigt, daß der Stillstand überwunden ist, daß die Zeit gekommen ist, wo die Arbeiterin der gewerkschaftlichen Werbearbeit zugänglicher wird. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der Aufschwung der Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich im allgemeinen, auch diese günstige Wirkung auf die Arbeiterinnen hervorgerufen hat. Die Werbearbeit in den Werkstätten, die konstante Agitation unter den Frauen im allgemeinen und die vermehrte Literatur für die Arbeiterinnen wirken zusammen. Nach Berufen gegliedert verteilen sich die 47 991 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen folgendermaßen: Bauhilfsarbeiter 890, Brauereiarbeiter und Faßbinder 886, Buchbinder 2060, Buchdruckereihilfsarbeiter und Zeitungsarbeiter 1976, chemische Arbeiter 3578, Drechsler 109, Glasarbeiter 290, Goldarbeiter 241, Handlungsgehilfen 1006, Handels- und Transportarbeiter 880, Heimarbeiterinnen 1406, Holzarbeiter 592, Hutmacher 1095, Kellnerinnen 105, Kürschner 309, Lithographen und Steindrucker 702, Metallarbeiter 3751, Porzellanarbeiter 1475, Schirmarbeiter 825, Schneider 1271, Schuhmacher 410, Steinarbeiter 109, Tabakarbeiter 7232, Textilarbeiter 15 907, Versicherungsangestellte 537, Zeitungsausträger 1065, Zuckerbäcker 335. Berufe, die nur unter 100 organisierte Arbeiterinnen besitzen, haben wir nicht angeführt. Die organisierten Dienstmädchen fehlen noch, da sie der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen sind. Jedoch ist es der Wunsch und das Streben dieser Organisation, der Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen angeschlossen zu werden.

Waschfrauen und Dienstmädchen in Oesterreich.

Zu der in dieser Rubrik kürzlich gebrachten Notiz über einen bevorstehenden Zusammenschluß der Organisation der Waschfrauen und Dienstmädchen sei bemerkt, daß es sich vorläufig nur um eine Anregung der Vorsitzenden der Dienstmädchenorganisation handelt. Da der Verein der Heimarbeiterinnen, dem die Wasch- und Aufwartefrauen (in Oesterreich Bedienerinnen geheißen) angeschlossen sind, seinen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" an Stelle eines Fachorgans gibt, was naturgemäß zu den häufigen Klagen führt, daß den Bestrebungen des Vereins der Heimarbeiterinnen zu wenig Raum gewidmet werde, regte die Sekretärin an, ein eigenes Mitteilungsorgan herauszugeben. Genossin Lofal, die Vorsitzende der Dienstmädchen, gab darauf die Anregung, die „Einigkeit", das Organ der Hausangestellten in ein Organ für beide Organisationen umzuwandeln, da doch soziale Berührungspunkte und Interessengemeinschaften vorhanden seien. Diese Anregung konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr verhandelt werden, doch wurde sie dem Vorstande zur Beratung zugewiesen. Ob der Plan realisiert wird, läßt sich aber noch gar nicht beurteilen. Beide Vereine haben in Wien ungefähr die gleiche Mitgliederzahl. Etwas über 700.

Jugendbewegung.

Eine Konferenz der Jugendausschüsse von Oldenburg-Ostfriesland

fand am Sonntag in Oldenburg statt. Die Berichte aus den einzelnen Orten lieferten ein befriedigendes Bild. Die „Arbeiterjugend" wird in 700 Exemplaren gelesen. In Rüstringen macht die Werft alle Anstrengungen durch Gründung von Lehrlingsvereinen, die Jugend einzufangen. In einer Anzahl anderer Orte, speziell in Oldenburg, versucht der Jungdeutschlandbund eine Gegenbewegung zu schaffen. Natürlich fördern die Behörden den Jungdeutschlandsrummel mit allen Mitteln; die Eisenbahndirektion gibt die übliche Fahrpreisermäßigung, während sie — wie das im Klassenstaat nicht verwunderlich ist — einen gleichen Antrag der Arbeiterorganisation abgelehnt hat. Darüber werden unsere Vertreter im Landtage noch ein kräftiges Wort reden.

Letzte Nachrichten.

Explosion in einer Pulverfabrik.

Wiener Neustadt, 21. August. (P.-C.) Gestern nachmittag explodierte im Objekt Nr. 12 der Munitionsfabrik Wöllersdorf eine Neunzentimetergranate. Durch die Explosion wurde ein Arbeiter schwer, zwei andere leichter verletzt. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Ueberschwemmung in Südfrankreich.

Grenoble, 21. August. (P.-C.) Der Hauptort des Kantons Le Bourg-d'Oisans im Arrondissement Grenoble wäre gestern durch die Romanche fast völlig zerstört worden. Infolge eines starken Lawinensturzes im Hochgebirge war der Fluß bedeutend gestiegen und hatte den Schutzdamm an einer Stelle durchbrochen und einen Teil des Städtchens bereits unter Wasser gesetzt. Die ganze Ortschaft schien verloren, und nur dem Umstande, daß der reißende Strom große Felsblöcke mit sich zu Tale führte, ist die Rettung des Ortes zu verdanken. Ein riesiges Felsstück von ca. 40 Kubikmeter hatte sich gerade vor die vom Strom durchbrochene Stelle des Schutzdammes gelegt und so dem weiteren Vordringen des Wassers Einhalt getan. Bereits im Jahre 1905 ist der Ort durch einen ähnlichen glücklichen Umstand vor dem völligen Untergange bewahrt worden. Der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden ist immerhin beträchtlich, da zahlreiche Bauernhöfe von den Fluten überschwemmt worden sind.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

19. Deutscher Ortskrankenkassentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Köln, den 21. August.

Zu Beginn der heutigen Sitzung brachte Vorsitzender Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden ein Telegramm von Prof. Dr. Lemmhof-Berlin zur Verlesung, das sich gegen das Referat von Brachel-Köln über den Aerztekonflikt wendet. Das Telegramm lautet: „Die mir von Herrn Brachel zugeschriebene Aeußerung, der Leipziger Verband oder die deutschen Aerzte würden aus der Sozialversicherung eine Farce machen, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt würden, habe ich niemals, auch dem Sinne nach niemals, gebraucht. Als mir im Haag diese Aeußerung von Herrn Guggenheim zugeschrieben wurde, habe ich das sofort entschieden zurückgewiesen. Ich vertraue Ihrer Loyalität und bitte Sie, dieses Telegramm der Versammlung mitzuteilen. Professor Lemmhoff." — Vorsitzender Fräßdorf: Der Herr Professor hat nicht vergeblich an die Loyalität der Kongreßleitung appelliert, es ist nur zu wünschen, daß auch die Aerzte immer dieselbe Loyalität üben würden. Hierauf wurde die Debatte über die

Dienstverhältnisse und Dienstordnung der Kassenangestellten

zu Ende geführt. Als Sprecher der Organisation der Kassenangestellten betonte Reichstagsabgeordneter Giebel, daß es sich bei den Verhandlungen für die Kassenangestellten immer nur darum gehandelt habe, eine grundlose Kündigung des Dienstverhältnisses unmöglich zu machen. Dieser Grundgedanke kommt in dem Tarifentwurf auch zum Ausdruck. Im übrigen wandte sich der Redner gegen die Verherrlichung des Angestelltenrechts in der Reichsversicherungsordnung durch Justizrat Mayer. Es ist zuzugeben, daß das Angestelltenrecht der Reichsversicherungsordnung auch manche gute Bestimmung enthält. Aber es ist auch eine große Anzahl von Fußangeln in das Gesetz hineingekommen, die nicht aus sachlichen Notwendigkeiten geschaffen wurden, sondern sehr leicht eine außerordentliche Schädigung und ungerechte Behandlung der Kassenangestellten seitens dritter Instanzen bewirken können. (Zustimmung.)

Die Einigungsbeschlüsse zur Angestelltenfrage werden hierauf einstimmig angenommen. Sie bestimmen über die Anstellungsgrundsätze:

1. Die Anstellung erfolgt längstens nach zweijähriger Probedienstzeit, wenn das 21. (23.) Lebensjahr vollendet ist.
2. Die Kündigungsfrist ist mindestens eine vierteljährliche. Nach fünfjähriger Beschäftigung kann einem Angestellten der Gruppen I bis IV nur aus einem wichtigen Grunde gekündigt werden. (Die Gruppen I bis IV umfassen die Kassenangestellten mit Ausnahme derjenigen unter 23 (25) Jahren, die in der Kasse ausgebildet worden sind, während der ersten Jahre ihrer Anstellung.

Ueber die Gehälter wird bestimmt, daß sie nach Angestelltengruppen und nach einem Städteklassentarif zu bemessen sind. Der Einteilung der Angestelltengruppe, in die die ständigen Angestellten nach den ihnen zur regelmäßigen Verrichtung zugewiesenen Arbeiten von der einzelnen Kasse einzureihen sind, wird zwischen den örtlichen Organen der Vertragsparteien vereinbart. Soweit bei den größeren Kassen eine Prüfungsordnung für die Angestellten besteht, ist diese maßgebend. — Die Einteilung der Gruppen erfolgt auf Grund der bisherigen örtlichen Verhältnisse, so daß die Zahl der Gruppen geringer sein kann, als nach vorstehenden Normen, doch dürfen mehr als fünf Gruppen nicht vereinbart werden. Die bei der einzelnen Kasse geltende Gruppeneinteilung ist in die Dienstordnung aufzunehmen. Die Anfangsgehälter, Dienstalterszulagen und Entgelt werden in gleicher Weise wie die Angestelltengruppen örtlich vereinbart. Die Anfangsgehälter dürfen jedoch nicht hinter der in Dresden 1911 beschlossenen tariflichen Gehaltsskala zurückbleiben. Die hiernach 1911 erfolgte Gehaltserhöhung haben alle Kassen ihren Angestellten zu gewähren; diese Bestimmung gilt nicht nur für Kassen, deren Gehaltsskala mindestens 10 Proz. die jetzigen tariflichen Gehälter übersteigt.

Der bisherige Rechtsanspruch auf Dienstalterszulagen bleibt bestehen. Eine Gehaltszulage kann nur unterbleiben, wenn die Kündigung des Angestellten in Frage steht und dies dadurch zunächst abgewendet werden soll und nachdem dem Angestellten vorher bereits einmal durch Vorstandsbeschluß wegen seines mangelnden Fleißes oder seiner ungenügenden Leistungen oder seiner nicht angemessenen Führung schriftliche Verwarnung erteilt worden ist.

Bei Krankenkassen ohne Pensionseinrichtung trägt die Kasse die vollen Beiträge zur Angestelltenversicherung. Den Kassen wird empfohlen, die Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht zur Arbeiterversicherung voll zu zahlen.

Der Erholungsurlaub soll mindestens betragen: nach einjähriger Beschäftigung eine Woche, nach vierjähriger Beschäftigung zwei Wochen, nach zehnjähriger Beschäftigung drei Wochen. Diese Bestimmung gilt auch für Hilfsarbeiter.

Die Hilfsarbeiter erhalten nach dreimonatlicher Beschäftigung einen schriftlichen Vertrag, der jederzeit mit Monatsfrist gekündigt werden kann. Im Erkrankungsfalle soll ihnen das Gehalt bis zu einem Monat weiter gezahlt werden.

Der Tarifvertrag, von dem die Musterdienstordnung ein Bestandteil ist, tritt mit dem 1. Oktober 1912 für zwei Jahre in Kraft; er verlängert sich jeweilig um ein Jahr, sofern er nicht sechs Monate vor Ablauf gekündigt wird. Der Tarifvertrag sieht einen von beiden Organisationen paritätisch gebildeten Tarifausschuß vor, der über Versetzungen in eine andere Städteklasse entscheiden soll und im übrigen vermittelnd zu wirken hat.

Hierauf wurde die Frage der

Zentralisation der Krankenkassen

beraten. Reichstagsabgeordneter Brandes-Magdeburg führte aus: Für jeden Sozialpolitiker und Versicherungstechniker ist es fast unverständlich, wie bei der Schaffung der Krankenversicherung die einfachsten versicherungstechnischen Grundsätze außer acht gelassen werden konnten. Dadurch ist eine heillose Zersplitterung der deutschen Krankenversicherung herbeigeführt worden und das wird so bleiben, wenn wir uns jetzt nicht aufraffen zu einem kräftigen Schritt nach vorwärts. Die Möglichkeit dazu ist in gewisser Beziehung von der Reichsversicherungsordnung gegeben. Die durchschnittliche Mitgliederzahl einer Krankenkasse in Deutschland beträgt 563, ist also geradezu lächerlich gering. Bei einer solchen Mitgliederzahl ist es unmöglich, Leistungen zu vollbringen, wie sie erfreulicherweise von einzelnen großen Krankenkassen bereits geboten werden. Die Unfall- und Invalidenversicherung hatten von vornherein eine einheitliche Organisation. Bei der Krankenversicherung aber haben wir eine Zersplitterung der Kräfte und dadurch verursacht eine enorme Schädigung der Interessen der Versicherten. Auch eine Unsumme von Arbeitskraft wird durch die Zersplitterung vergeudet. Die Reichsversicherungsordnung schafft, wenn auch nicht direkt Wandel, so doch eine Wendung zum Besseren. Die Gesetzgeber von 1911 mußten wissen und haben gewußt, welche enormen Hindernisse die Zersplitterung der Krankenversicherung der Bekämpfung der Volkskrankheiten und der Volksarmut entgegensetzt. Die Reichsversicherungsordnung läßt leider immer noch sechs Kassenarten bestehen. Die Zwerggebilde von Betriebskrankenkassen mit 150 Mitgliedern sollen bestehen bleiben und für andere Kassenarten ist als mindeste Mitgliederzahl sogar nur 50 vorgeschrieben. Diese Zahlen sprechen beredt für die Rückständigkeit der Reichsversicherungsordnung in dieser Frage. Wir haben allen Anlaß, auch die geringste Möglichkeit, die uns die Reichsversicherungsordnung in die Hand gibt, zu benutzen, um die Zentralisation durchzuführen. Die kleinen Betriebs- und Gemeindekrankenkassen müssen verschwinden. Wir wollen daher den ganzen Einfluß, der uns zur Verfügung steht, aufwenden, um vor allem auch die Entstehung neuer Kassenarten zu verhindern. So wollen wir uns an die Gemeindebehörden wenden, um sie gegen die Bildung von Landkrankenkassen mobil zu machen. (Sehr richtig!) Es gibt hoffentlich auch eine Reihe preußischer Städte, die die Notwendigkeit dieser neuen Gebilde nicht einsehen, die von Elsaß-Lothringen generell abgelehnt worden sind. Nun wendet man sich gegen die Zentralisation mit der Behauptung, die großen Krankenkassen würden dann von der Sozialdemokratie zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Was an diesem politischen Vorwurf wahr ist, haben wir gestern von einem Arbeitgebervertreter gehört. Auf jeder unserer Tagungen tritt ein Arbeitgebervertreter auf und weist diese immer wieder aufs neue aufgestellte Behauptung mit größter Entschiedenheit zurück. Dieselben Leute, die den Vorwurf des politischen Mißbrauchs der Krankenversicherung gegen uns erheben, sind es, die ein Interesse daran haben, daß keine großen und einheitlichen Versicherungskörperschaften zustandekommen, und die vor allem nicht wollen, daß in diesen großen einheitlichen Versicherungskörperschaften Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Wir sehen an den großen Kassen, zum Beispiel Leipzig, Dresden, Stuttgart und Frankfurt a. M., was sie leisten können. Tausende werden jährlich hinausgeschickt in Bäder und Genesungsheime und in dieser Zeit wird daheim für Weib und Kind gesorgt. Die großen Krankenkassen wirken weiter in der Vorbeugung vorbildlich. Wenn jetzt immer geklagt wird über den Rückgang der Geburtenzahl in Deutschland, so erwidern wir darauf, daß ein Ausgleich nur möglich ist, wenn die Sterblichkeit zu weiterem Sinken und die Kindersterblichkeit noch weiter herabgedrückt wird. (Lebhafter Beifall.) Was aber die großen Krankenkassen schon bisher auf diesem Gebiete geleistet haben durch Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, durch Unterstützung stillender Mütter, brauche ich in diesem Kreise nicht zu schildern. — Wir treten ein für den Zusammenschluß der großen Krankenkassen, denn nur Einigkeit macht stark. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte führt Gräf-Frankfurt a. M. aus, daß viele Unternehmer, um Geld zu sparen, eigene Betriebskrankenkassen errichten. Die Arbeiter sollten sich nicht begnügen, in Versammlungen gegen solche leistungsunfähigen Betriebskrankenkassen zu protestieren, sondern sich direkt weigern, in sie einzutreten. (Zustimmung.) — Albert Kohn-Berlin: Leider sehen wir in vielen Städten, daß bei der Frage der Zentralisation der Krankenversicherung kleinliche Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Die Vorstände der kleinen Kassen wollen ihre Kassen nicht gern aufgeben. Solange es Kassen gibt, die mit 1½, 2 und 2½ Proz. Beiträgen wirtschaften, und solange die Leiter dieser Kassen sich noch für ganz besonders tüchtige Kerle halten, weil sie mit solchen Beiträgen auskommen, solange wird die Aufgabe der Krankenversicherung von diesen Leuten vollständig verkannt. — Giebel: Wenn die leitenden Beamten kleiner Kassen vielfach an ihnen festhalten, so weniger aus Titelsucht, als aus Furcht, später in den großen Kassen nicht mehr die gesicherte Existenz zu haben. — Fräßdorf-Dresden: Wir wollen die Zentralisation nicht unter allen Umständen. Es kann örtliche Ursachen geben, die ihr entgegenwirken. Aber diese örtlichen Ursachen dürfen von denjenigen, die von der Zentralisation überhaupt nichts wissen wollen, nicht benutzt werden. (Zustimmung.) — Rohnstock-Breslau, von der Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe, bekannt sich als Gegner einer im Geschwindschritt erfolgenden Zentralisation. Wir können nicht 20 000 und mehr Mitglieder einfach in anderen Kassen aufgehen lassen. Für diese immerhin auch großen Krankenkassen bedeutet die Zentralisation einen Sprung ins Dunkle. Es ist auch nicht richtig, daß große Krankenkassen den Rückgang der Volksvermehrung besser bekämpfen werden als kleine. Auch die Verwaltungskosten der großen Krankenkassen sind zu hoch. Wir wollen doch lieber erst die Reichsversicherungsordnung wirken lassen und sehen, welche Kassen auffliegen werden. Die Berufskrankheiten können auch durch Berufskassen besser bekämpft werden.

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort führt der Referent Brandes aus, daß Rohnstock in Breslau erklärt habe, er sei für die Zentralisation, wenn seine eigene Krankenkasse die maßgebende würde. (Hört! hört! und Unruhe.) Es ist schlimm, daß uns die Regierung in der Reichsversicherungsordnung nicht mehr gegeben hat und schlimm, daß der Reichstag nicht einmal die Vorschläge der Regierung angenommen hat. Unerfreulich im höchsten Grade aber ist es, wenn Vorstandsmitglieder die Wege nicht zu finden wissen, aus der Reichsversicherungsordnung wenigstens das herauszuschlagen, was in ihr gegeben ist. (Zustimmung.) Rohnstock erklärt in persönlicher Bemerkung, daß seine Ortskrankenkasse, die größte in Breslau, über 20 000 Mitglieder habe. Wir haben uns lediglich dagegen gesträubt, in Kassen aufzugehen, die weniger als 3000 Mitglieder haben.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt und es hält nun Justizrat Meyer-Frankenthal einen rein juristischen Vortrag über das Verhältnis des Kassenangestelltenrechts zum Versicherungsgesetz für die Privatangestellten. Im Anschluß daran gibt der Vorstand die Erklärung ab, daß er über diese Frage zu geeigneter Zeit den einzelnen Kassen Direktiven und Instruktionen übermitteln werde.

Zum Ort der nächsten Tagung wird Breslau gewählt.

Die Tagesordnung ist erschöpft, der 19. deutsche Ortskrankenkassentag wird geschlossen.

Die Herrschaft der Berliner Feldarbeiterzentrale in der Schweiz.

Die agrarisch-junkerliche Feldarbeiterzentrale in Berlin, die geradezu eine Nebenregierung in Preußen bezw. im Deutschen Reiche bildet, strebt nach dem Grundsatze: „Mein Vaterland muß größer sein", ihren Wirkungskreis über die Grenzen Deutschlands hinaus zu erweitern, womit sie auch den gewünschten Erfolg hat.

So ist sie im besten Zuge, die Schweiz zu erobern und sich als eine neue „deutsche Provinz" anzugliedern. Den Beweis dafür liefert der Fabrikinspektor Rauschenbach in Schaffhausen, der in den kürzlich herausgegebenen Amtsberichten der eidgenössischen Fabrikinspektion einen der berühmten „individuellen Arbeitsverträge" der Feldarbeiterzentrale im Wortlaute mitteilt. Der Vertrag trägt die Ueberschrift: „Verpflichtungsschein für ruthenische Industriearbeiter", die einer Ziegelei in der Schweiz geliefert wurden. Nach Herrn Rauschenbach erfolgt die Anwerbung dieser Arbeiter durch einen in einer deutschen Ziegelei beschäftigten Werkmeister polnischer Herkunft. Ueber den Vertrag sagt der schweizerische Fabrikinspektor, „man sieht aus ihm, wie Anstellungsverträge oft nur dazu dienen, um unangenehme gesetzliche Bestimmungen auszuschalten". Der in deutscher und pol-

Kleines Feuilleton.

Die Wand. (Mehr zum Vergnügen als für die Praxis): So wie es Romane gibt, die auf dem Prinzip der trennenden Tür aufgebaut sind, — sie können zusammen nicht kommen, sei es, weil das Wasser zu tief ist, oder weil eine alte Tante dagegen ist, oder die Moral, oder das Geld, — fiele die trennende Tür, wir wüßten nicht, wo das Buch bliebe —; so gibt es auch Badeverwaltungen, die ein richtiges Familienbad für einen — wie sagt man? — einen Pfuhl halten. An der Nordsee hat man beim Baden keine Zeit, auf schlechte Gedanken zu kommen: man übersieht das meiste, freut sich, wenn man einen Menschen mit einem schönen Körper sieht, und plantscht im übrigen im Meer.

Mecklenburg (dessen Wappen man schon an der Stirn ansieht, mit wem man es zu tun hat), ist noch nicht soweit. Mühsam, und wohl auch nur, weil das zahlende Publikum es so gewollt hat, ist man zum Bau eines Familienbades geschritten. Das heißt: baden dürfen die (Pardon!) Geschlechter schon (Pardon!) zusammen; aber zum Trocknen werden sie — gesondert, nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zum einen bezw. zum anderen — in viereckig eingezäunte Sandplätze gelegt. Frauen und Männer, getrennt durch eine Bretterwand. Man muß es dem asthmatischen Rechnungsrat und dem mit Hämorrhoiden behafteten Badedirektor lassen — der Einfall ist grundlos, aber witzig genug. Kann sein, daß sie an die wirklich scheußlichen Frauenkörper gedacht haben, die man hier zu sehen bekommt, es ist nicht jeder Frau Sache, sich große Füße und einen übervollen Busen, einen ungepflegten Leib begaffen zu lassen — der Einfall ist witzig genug. Zeigt aber, daß es allemal die Mucker sind, die schon frühmorgens um 10 Uhr nicht mehr Herr ihrer Begierden sind.

Eine Wand ist die Mutter des Asylochs. tu.

Der Alkoholmißbrauch in Indien. Von jeher waren die Bewohner Vorderindiens nüchterne Menschen. Zwar wird in ihren alten heiligen Schriften, den Rigweda, die auf das ehrwürdige Alter von fünf bis sechs Jahrtausenden zurückblicken können, in einem Gedicht Indra, der „König der Götter", als betrunken dargestellt, und die großen Herren am Hofe des Großmoguls zu Delhi gaben sich, obwohl der Islam ihnen berauschende Getränke verbot, wüsten Gelagen hin; doch blieb die große Masse des Volkes immerhin dem Laster des Trunkes fern. Erst der Einfluß der Europäer führte einen Umschwung zum Schlechteren herbei. Namentlich die begüterten Klassen der Eingeborenen sowie die studierenden jungen Inder, die eine Ehre darein setzen, die Gepflogenheiten der englischen Studenten nachzuahmen, lernten zuerst und am gründlichsten das Trinken. Die Engländer haben allerdings, wie das „Archiv für soziale Hygiene" (8. Bd., 3. Heft) schreibt, ihre Gründe, den Alkoholkonsum in Indien zu protegieren, da ihnen aus den Steuern auf geistige Getränke eine glänzende Einnahme erwächst. Im Pundschab (Flußstromland) betrug diese Einnahme im Etatsjahr 1900/1901 über zwei und eine halbe Million Mark, drei Jahre später drei Millionen und zwei Jahre danach gar vier und eine viertel Million. Die Einnahme der indischen Regierung aus der Alkoholsteuer beträgt heute das Vierfache dessen, was im Jahre 1875 einkam. Die Ursachen sind leider in der Zunahme der Trunksucht zu suchen und nicht, wie offiziell geflissentlich behauptet wird, in dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer; denn gerade im Pundschab sind während der letzten Jahrzehnte durch Pest und Malaria soviel Menschen zugrunde gegangen, daß sogar eine deutliche Abnahme der Bevölkerung wahrzunehmen ist. Bedauerlicherweise haben sich gerade die Arbeiter in Indien dieses Laster angewöhnt, wie der Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung zu Bombay in einer Rede ausführte. Durch die Untersuchungen eines eigens dazu gebildeten Komitees wurde festgestellt, daß die Bombayer Fabrikarbeiter mehr Geld für alkoholische Getränke ausgaben als für Nahrung und Kleidung. Kenner des Volkslebens versichern, daß durch die zunehmende Trunksucht der Inder die männlichen Charaktereigenschaften der Rasse, die durch ihre heroische Tapferkeit berühmt war, unheilbar gelitten hätte. Es scheint, als ob die Inder, dank des „kulturellen Fortschritts", den ihnen die Engländer zu bringen vorgeben, zur Degeneration verurteilt seien: — ein Vorgang, der sich schon bei vielen Völkern abspielte, denen kapitalistisch-imperialistische Eroberungssucht abendländische Gepflogenheiten einimpfte, und durch den manches gesunde, entwickelungsfähige Volk auf den Aussterbeetat gesetzt wurde.

Elektrische Leichenverbrennung. Die Amerikaner, die als erste die Elektrizität in den Dienst des Hinrichtungswesens stellten, haben nun auch die Leichenverbrennung durch Elektrizität eingeführt, Kalifornien tat den ersten Schritt, in Pasadena ist ein elektrisches Krematorium bereits in Betrieb gesetzt und in Oakland deren sogar drei. Die Verbrennungskammer ist ein kleines, mit Ziegelsteinen verkleidetes Gewölbe. An den drei Hauptseiten sind die „Widerstände" angebracht: drei Reihen von Kohlenstäbchen von 3,60 Meter Länge und 1½ Zentimeter Durchmesser. Eine Stunde nach Einschaltung des Stromes erreicht die Temperatur in dem Verbrennungsraum 1100 Grad. Das Verfahren erspart den Zeugen das Knistern und Prasseln, das sonst bei Einäscherungen hörbar ist. Die Einäscherung in diesen elektrischen Krematorien kostet 200 M., aber trotz der höheren Betriebskosten verbleibt, wie die „Electrical World" sachlich hinzufügt, ein „angemessener" Ueberschuß.

Mammutblätter. Zu erstaunlicher Länge entwickeln sich die Blätter mancher Palmenarten. So erreichen die der Inajapalme, die am Amazonenstrom heimisch ist, 15 Meter Länge und 3 bis 3½ Meter Breite. Dahinter stehen die Palmen Ceylons freilich zurück, obwohl sie es immerhin noch auf Blätter von 6 Meter Länge und 5 Meter Breite bringen. Hier ist auch die Schirmmagnolie zu erwähnen, die Blätter von einer Ausdehnung trägt, daß unter ihnen bequem 20 Personen Schutz finden. Das versteht man ohne weiteres, wenn man hört, daß eins dieser Blätter 11 Meter in der Breite mißt. Die Blätter der „Victoria regia" haben allerdings nur 2½ Meter im Durchmesser, dafür sind sie aber so stark entwickelt, daß sie ein Gewicht bis zu 180 Kilogramm zu tragen vermögen.

Der Hamburger Luftschiffhafen, der vor kurzem fertiggestellt wurde, ist die größte bestehende Halle. Sie ist 160 Meter lang, 45 Meter breit, 26 Meter hoch. Ihre Hauptaxe liegt in der Richtung der häufig vorkommenden Winde von WSW nach ONO. 6 Meter hoch ist die Wand aus 22 Zentimeter dickem Beton; darüber bestehen die Wände aus ½ Stein starkem, mit Eisen bandagiertem Mauerwerk. An beiden Giebeln sind zweiflügelige Schiebetore, deren Höhe 26 Meter beträgt. Jeder Flügel ist 25 Meter breit. Die Flügel bestehen aus einem Eisengerippe, das mit Eternitplatten abgedeckt ist. Das Oeffnen der Flügel geschieht von Hand; für jeden Flügel sind zu dem Zwecke drei Mann erforderlich. Die Halle kann zwei Zeppelin-Luftschiffe aufnehmen.

Notizen.

— Gerhart Hauptmann soll angeblich in diesem Jahre den literarischen Nobelpreis bekommen. So wenigstens lassen sich gewisse Berliner Drahtzieher aus — Stockholm schreiben. Man wird ja wohl in einigen Monaten sehen, ob sie gute Propheten waren, d. h. ob sie ganze Agitationsarbeit getan haben.

— Richard Strauß komponiert ein Ballett für das Tanzkorps der Petersburger Hofoper. Hugo v. Hofmannsthal und ein Graf Keßler schreiben dazu den „Text".

— Von Hermann Bahr kommt demnächst (im hiesigen Verlag Schuster u. Loeffler) eine Streitschrift: „Parsifalschutz ohne Ausnahmegesetz" heraus. Sie wird ins Wasser fallen. Parsifalschutz sagt man. Und die Wahrung der Geldinteressen der Wagnerschen Erben bezweckt man.

— Sylvester Schäffer, der bereits seit Anfang Juli im Neuen Schauspielhause gastiert und für seine Darbietungen auch das Theater bis Ende August gepachtet hat, gibt heute nachmittag 4 Uhr eine Wohltätigkeitsvorstellung.

— Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer haben wieder eine neue Berliner Posse verfaßt, die natürlich im Berliner Theater zur Aufführung kommt.

— „Montis Operetten-Theater" soll nunmehr das bisherige Neue Theater heißen. Direktor Max Monti hat es nämlich auf mehrere Jahre gepachtet.

— Der Deutsche Monistenbund wird in der Zeit vom 6. bis 10. September in Magdeburg tagen.

nischer Sprache ausgefertigte und von allen Kontrahenten unterschriebene Vertrag hat folgenden Wortlaut (ohne die Formalitäten in Ziffer I):

II. Arbeitsverhältnisse. Die Unterzeichneten treten vom 12. März bis 17. Dezember in dem obengenannten Betriebe in Arbeit und verpflichten sich zur Verrichtung aller vorkommenden, ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeiten, insbesondere zur Fabrikation von Mauer- und Dachziegeln und dazu gehörigen Erdarbeiten und erkennen die bestehende Arbeitsordnung, soweit auf sie anwendbar, an.

Nach Ablauf der Verpflichtungsdauer steht beiden Teilen eine 14tägige Kündigung zu.

Ein jeder der Unterzeichner versichert, vollständig gesund und ohne jedes, die Arbeit hindernde Gebrechen (weibliche auch nicht schwanger) zu sein.

III. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit ½ Stunde Frühstück- und eine Stunde Mittagspause.

Außer an den Sonntagen und den evangelischen Festtagen sind die ruthenischen Arbeiter berechtigt, auch an den nachstehenden römisch-katholischen Festtagen zu feiern: Peter und Paul- Mariä Empfängnis, Fronleichnam und Allerheiligen.

IV. Löhne, sonstige Bezüge. Männer erhalten je nach Leistung 1,50—1,60 Fr.; Burschen je nach Alter und Leistung 0,95—1,10 Fr.

Wöchentliches Deputat (an Lebensmitteln). Männer über 20 Jahre 12 Pfund Brot, Burschen und Frauen 8 Pfund; Männer 1 Pfund amerikanisches Schmalz, Burschen ½ Pfund. (Das Essen wird mit genügendem Fett zubereitet.) 6mal mittags ¼ Pfund Fleisch, Freitag Milchspeisen. Zum Frühstück und nach der Arbeit süßen Kaffee mit Milch, mittags Gemüse, wie Bohnen, Erbsen, Sauerkraut, Reis, Gewürze usw., abends Kartoffelsuppe oder Gemüse.

Ueberstunden. Die Arbeiter sind verpflichtet, auf Verlangen der Betriebsleitung Ueberstunden auszuführen und es wird eine solche für Männer mit 31 Cents, für Burschen mit 25 Cents vergütet, oder nach Vereinbarung. Steuern bezahlt jeder selbst. Die Auslöhnung geschieht alle 14 Tage.

Zur Sicherstellung des Arbeitgebers werden bei den ersten drei Lohnzahlungen Männern 15 Fr., Burschen 12 Fr. einbehalten, welche Beträge erst beim ordnungsmäßigen Abgange fällig und ausbezahlt werden. Außerdem bleiben 6 Tage als Décompte (Lohnkaution) stehen.

Gemeinschaftliche Wohnung nach Geschlechtern getrennt, je eine Strohmatratze und Schlafdecke, sowie Feuerung und Beleuchtung werden frei gewährt.

Sollte einer der Unterzeichneten aus eigener Schuld die im Abschnitt II bezeichnete Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht einhalten oder durch sein Verhalten die Entlassung nötig machen, so ist er verpflichtet, sofort nach Lösung des Arbeitsverhältnisses die ihm zugewiesene Wohnung und Schlafstube zu räumen. Im Weigerungsfalle steht dem Arbeitgeber das Recht der zwangsweisen Entfernung zu.

Die Befolgung der Hausordnung hat die vom Arbeitgeber hierzu bestimmte Person, in deren Abwesenheit der älteste der Anwesenden, zu überwachen.

V. Die Kosten der Hinreise vom Verpflichtungsort . . . . . bis zur Arbeitsstelle werden vom Arbeitgeber vorgeschossen. Den Arbeitern, welche die vereinbarte Arbeitszeit aushalten, wird dieser Betrag geschenkt; die Arbeiter, welche die Vertragszeit nicht aushalten, haben diesen vorgeschossenen Betrag zu ersetzen.

Etwaige sonstige Vorschüsse zur Bestreitung der Reisekosten von der Heimat des Arbeiters bis zur Grenze, sowie für Weggehrung von der Grenzstation bis zur Station der Arbeitsstelle verpflichten sich die Arbeiter bei der ersten Lohnzahlung in Abzug bringen zu lassen. Die vom Arbeitgeber verauslagte Legitimationsgebühr ist gleichfalls am Arbeitslohn in Abzug zu bringen.

VI. Arbeitsgeräte. Die Gerätschaften, welche die Arbeiter vom Arbeitgeber geliefert erhalten, sind sie verpflichtet sauber und unbeschädigt zurückzugeben. Alle durch ordnungswidrige Benützung entstandenen Beschädigungen dieser Gerätschaften oder verlorene Geräte müssen sie bar bezahlen.

VII. Gehorsam, Entlassung. Es verspricht ein jeder der Arbeiter, den Anordnungen des Arbeitgebers unbedingten Gehorsam zu leisten.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen, wenn ein Arbeiter:

a) den dienstlichen Anordnungen des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreters selbst auf zweimalige Aufforderung hin nicht Folge leistet oder sich der Aufwiegelei schuldig macht;
b) den Arbeitgeber oder dessen, die Aufsicht übenden Vertreter beschimpft oder gar demselben sich tätlich widersetzt;
c) sich des Diebstahls oder der Tierquälerei schuldig macht;
d) sich zu den verdungenen Arbeiten unfähig erweist.

Bleibt ein Arbeiter ohne die Erlaubnis des Arbeitgebers von der Arbeit weg oder wird er während der Arbeitszeit betrunken angetroffen, oder hält er die Hausordnung trotz vorhergegangener ausdrücklicher Erinnerung nicht ein, so ist der Arbeitgeber berechtigt, 60 Cents vom Lohne desselben bei der nächsten Lohnzahlung als Konventionalstrafe in Abzug zu bringen, die an die Krankenkasse abzuliefern sind. Wird die Strafe bis zur nächsten Lohnzahlung nicht geltend gemacht, so ist sie als erlassen anzusehen.

Die zu Recht erfolgte Entlassung des Arbeiters steht dem rechtswidrigen Bruch des Arbeitsverhältnisses gleich, ebenso die Weigerung, das vereinbarte Arbeitsverhältnis überhaupt anzutreten. Dem Arbeitgeber steht wegen aller Forderungen aus diesem Vertrage, sowie wegen Schadenersatzansprüchen das Recht der Einbehaltung des Lohnes und der Sachen des betreffenden Arbeiters zu.

VIII. Kranken-Invaliditätsversicherung. Jeder Arbeiter ist gesetzlich verpflichtet, der zuständigen Krankenkasse beizutreten und Zweidrittel der statutengemäßen Beiträge zu zahlen. Dafür wird im Krankheitsfällen kostenfrei Arzt und Medizin und Verpflegung laut Ortsstatut gewährt.

IX. Gerichtsstand. Für alle aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Rechtsstreitigkeiten gilt als Gerichtsstand . . . . .

Für den Arbeitgeber:

Name des die Arbeiter Anwerbenden.

Nachtrag. Dieser Vertrag wird bis zum 19. Dezember 1911 mit folgenden Aenderungen verlängert: 1. Statt des Festes Peter und Paul wird Mariä Geburt gefeiert. 2. Die Feste Mariä Empfängnis und Allerheiligen fallen aus, werden also nicht gefeiert.

. . . . . den 10 Januar 1911.

Folgen die Unterschriften der Arbeiter, von denen einige mit drei Kreuzen gezeichnet haben.

* * *

Vollständig junkerlich-preußisch bis auf das schöne Wort „Deputat" und die in der Schweiz gar nicht bestehende deutsche Invalidenversicherung, sowie die in 31 Cents umgerechneten 25 Pf. für Ueberstunden von Männern. Gut junkerlich-preußisch ist der Vertrag insgesamt mit seinem einseitig nur auf die Interessen der Unternehmer zugeschnittenen Bestimmungen, die ein blutiger Hohn auf jede Sozialpolitik sind. Die Tagelöhne von 95 Cts. bis 1 Fr. bezw. von 1,50 bis 1,60 Fr. sind auch nebst der Verpflegung Jammerlöhne; sodann ist nur von den Pflichten der Arbeiter und den Rechten der Unternehmer, mit keinem Worte aber von den Pflichten der Unternehmer und den Rechten der Arbeiter die Rede. Die Gleichberechtigung des Arbeiters als Vertragskontrahenten im Arbeitsverhältnis ist der Anfang jeder Sozialpolitik, jeder Arbeiterschutzgesetzgebung, und da darf die Berliner Feldarbeiterzentrale der preußischen Junker bis in die Schweiz hereinregieren und diktieren, daß der Unternehmer aus allen möglichen Gründen den Arbeiter sofort hinauswerfen kann aus der Fabrik und aus der Wohnung, daß er Vertragskaution und überdies noch „Décompte", das einzige in der Schweiz gebräuchliche Wort im ganzen Vertrag, das Lohnkaution bedeutet, vom Lohn abziehen und eventuell für sich behalten, also auf Kosten des armen ausgebeuteten Arbeiters sich bereichern kann. Dagegen enthält der Vertrag kein Wort davon, ob und unter welchen Voraussetzungen der Arbeiter das Vertragsverhältnis vorzeitig lösen und eventuell sofort die Arbeit verlassen kann; er bietet dem Arbeiter auch nicht die geringste Garantie für die Einhaltung der Vertragszeit, für die Sicherung der Lohnzahlung und der Lohnkaution sowie der Naturalleistungen. Mit einem Worte: Der Arbeiter ist nach diesem Vertrage völlig rechtlos, ganz der Willkür des Unternehmers preisgegeben.

Und um die Schönheit des Falles zu vervollständigen, berichtet Herr Rauschenbach auch noch ausdrücklich, daß der Vertrag in einem Streitfalle vom schweizerischen Richter geschützt worden ist.

Die Berliner Feldarbeiterzentrale hat sich als Nebenregierung im Deutschen Reiche der Schweiz auch sehr unangenehm bemerkbar gemacht bei der Erneuerung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages. Die Schweiz akzeptierte damals die beschämende, die politische Gleichberechtigung aller Schweizer Bürger in der Demokratie abschaffende Zumutung, daß schweizerische Arbeiter in Deutschland sich das Papier der Feldarbeiterzentrale als Aufenthaltsbewilligung für mehrere Mark kaufen müssen, während alle übrigen Schweizer während ihres Aufenthaltes in Deutschland von diesem Joche befreit sind.

Alle diese Tatsachen beweisen, daß sich die Schweiz von der deutschen Regierung nachgerade alles gefallen läßt und daß die junkerlich-agrarische Feldarbeiterzentrale in Berlin in der Tat eine Nebenregierung oder vielleicht noch besser die Mitregierung ist.

Aus der Partei.

Parteitag der P. P. S.

Ein außerordentlicher Parteitag der P. P. S. fand am Sonntag in Zabrze (O.-S.) statt. Anwesend waren insgesamt 85 Delegierte, davon 29 aus Oberschlesien, je einer aus Berlin, Leipzig, Bremen, Recklinghausen, Posen und Gnesen. Ferner die Mitglieder der Kontrollkommission der polnisch-sozialistischen Partei, die Preßkommission der „Gazeta Robotnicza" und der Bezirksleiter der deutschen Partei, Genosse Hörsing-Beuthen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung war die Selbständigmachung der „Gazeta Robotnicza". Genosse Bieniczkiewicz-Kattowitz gab in längeren Ausführungen ein scharf umrissenes Bild von der P. P. S. und der „Gazeta Robotnicza". Er gab der Meinung Ausdruck, daß an den schlechten Erfolgen leider nicht zuletzt die Streitigkeiten im eigenen Lager die Schuld tragen. Mit Rücksicht darauf will der deutsche Parteivorstand den bisher geleisteten Zuschuß in dieser Höhe nicht mehr geben. Redner empfahl die Gründung eines polnischen Wochenblattes, das möglichst unabhängig vom Parteivorstand erscheinen soll.

Die Debatte hierüber war sehr lebhaft. Die Mehrzahl der Redner war gegen jede Unterstützung durch den deutschen Parteivorstand, weil diese dazu beigetragen habe, die Entwickelung der P. P. S. und der „Gazeta Robotnicza" eher zu hindern, als zu fördern. Angeregt wurde von mehreren Rednern die Herausgabe einer polnischen Tageszeitung, während andere für das wöchentlich dreimalige Erscheinen der „Gazeta Robotnicza" eintraten, jedoch ganz strikt ablehnten, irgend eine Unterstützung von der deutschen Parteileitung anzunehmen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der heutige Parteitag beschließt, der Vorstand der P. P. S. soll alles daran setzen, damit am 15. Dezember d. J. ein Tageblatt an Stelle der „Gazeta Robotnicza" herausgegeben werden kann. Sollte dies jedoch finanziell unmöglich sein, dann soll vom 1. Januar 1913 die „Gazeta" in ein Wochenblatt umgewandelt werden."

Das Tageblatt soll, falls es herausgegeben wird, unter dem Titel „Dzinik Robotniczy" (Tägliche Arbeiterzeitung") erscheinen. Alle übrigen Anträge auf Schaffung eines Pressefonds und Sammlung von Geldern wurden dem Vorstande überwiesen.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hatte am Schluß des Geschäftsjahres 9304 Mitglieder zu verzeichnen. Der Mitgliederzuwachs beträgt 231. Die Fluktuation war in diesem Jahre sehr stark, besonders nach dem Bergarbeiterstreik war die Abwanderung aus dem Kreise groß. Die Parteigenossen waren ja durchweg am Streik beteiligt, nur einer ist wegen Nichtbeteiligung ausgeschlossen worden. Die Kreisorganisation zählt zurzeit 68 Filialen. Die Einnahme- und Ausgabeposten balanzieren mit der Summe von 76 342,26 M. Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen stieg von 28 797,02 M. auf 32 184,14 M. Oeffentliche Versammlungen fanden 236 statt, Mitgliederversammlungen 1010, in den Mitgliederversammlungen sind 218 Vorträge gehalten worden. Die Gesamtauflage der verbreiteten Flugblätter beträgt 2 019 000. Außerdem wurden noch 51 000 Broschüren gratis verbreitet. An Handzetteln und Plakaten wurden 709 000 verbreitet. Bei den Kommunalwahlen wurden in 8 Orten neue Mandate gewonnen. Insgesamt hat die Partei jetzt in 39 Gemeinden des Wahlkreises 84 Gemeindevertreter und in 2 Städten 6 Stadtverordnete.

* * *

Eine Versammlung des 8. hannoverschen Wahlkreises (Hannover-Linden) beschäftigte sich mit dem Entwurf zur Aenderung des Organisationsstatuts der Partei. Der Referent, Genosse Brey, sprach gegen den vorgeschlagenen Parteiausschuß. Die für eine Umformung oder Erweiterung des Parteivorstandes vorgebrachten Gründe träfen nicht zu. Die Kritik am Vorstande entspringe der Tendenz, den Vorstand bei taktischen Maßnahmen auf gewisse Theorien festzulegen, die an der Praxis scheitern würden. Der Vorstand habe in wichtigen Augenblicken keineswegs versagt. In bezug auf das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei habe der Parteivorstand das Richtige getroffen. Genosse Leinert stellt sich zwar prinzipiell auf den Standpunkt Breys; die Frage sei aber heute nicht mehr die: Soll der Parteivorstand verstärkt worden?, sondern: Wie soll er verstärkt werden? Der vorgeschlagene Ausschuß sei das geeignete Mittel, den Parteivorstand in engere Beziehungen zu den Organisationen und zu einer klaren Erkenntnis ihrer Stimmung und Leistungsfähigkeit zu bringen. Diese volle Erkenntnis fehle heute dem Parteivorstande infolge der räumlichen und zahlenmäßigen Ausdehnung der Organisationen. — Die weiteren Redner stimmen im wesentlichen Brey zu. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

* * *

Die Generalversammlung des 16. hannoverschen Wahlkreises fand am Sonntag in Lüneburg statt. Dieser Wahlkreis gehört zu den wenigen, in denen trotz der Stimmenzunahme von 5091 auf 6942 bei der Reichstagswahl ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen ist. Es sind in 47 Ortsvereinen 1116 männliche und 101 weibliche Mitglieder organisiert. Das „Volksblatt für Lüneburg" hatte einen kleinen Zuwachs an Abonnenten. Ueber den Parteitag in Chemnitz sprach der Reichstagskandidat Genosse Krause-Hamburg. Er erklärte sich gegen die Festlegung eines Mindestbeitrages von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Reichstagsfraktion empfahl er, auf dem Parteitage nur mit beratender Stimme zuzulassen. Mit Bezug auf die Reorganisation des Parteivorstandes erklärte sich Redner für den Parteiausschuß. Die Versammlung trat ihm in diesen Fragen bei. — Nach einem Referat des Genossen Redakteur Ibing-Lüneburg über die nächstjährigen Landtagswahlen lehnte die Generalversammlung einhellig den Eisnerschen Vorschlag ab. An Stelle des verstorbenen Genossen v. Robitzky-Hamburg wurde Genosse Ibing-Lüneburg als Kandidat zum preußischen Landtag aufgestellt, der gleichzeitig als Delegierter zum preußischen Parteitag gewählt wurde. Bei der Wahl zum Parteiausschuß erhielt der als Vertreter des Provinzialvorstandes anwesende Genosse Leinert 23 Stimmen. Vertreten war der Kreis durch 24 Delegierte.

Die Parteigenossen in Hof befaßten sich in einer Mitgliederversammlung mit dem bayerischen Parteitag. In der Erörterung spielte das bei den letzten Landtagswahlen mit den Liberalen und Bauernbündlern gegen das Zentrum getroffene Wahlabkommen die Hauptrolle. Der Berichterstatter, Rechtsanwalt Genosse Hofmann, wendete sich in seinem Bericht gegen die Haltung der führenden Genossen in Südbayern und wies den Vorwurf zurück, als hatten die oberfränkischen Genossen lediglich aus lokalen Interessen gegen das Wahlabkommen opponiert, sie seien vielmehr prinzipielle Gegner der Kompromißpolitik, durch die die Köpfe verwirrt würden und Unklarheit geschaffen werde. In der Diskussion behauptete Genosse Blumtritt, die Berichte über den Parteitag seien so abgefaßt, daß sie den leitenden Genossen in München entsprächen. Die lokale Interessenpolitik werde dort getrieben, wo man den Mandatschacher treibe, nicht aber in Oberfranken. Am Schlusse der Diskussion nahm die Versammlung mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, in der an der Auffassung festgehalten wird, daß Wahlkompromisse mit bürgerlichen Parteien aus prinzipiellen Gründen als unvereinbar mit dem Klassenkampfcharakter der sozialdemokratischen Partei unbedingt zu verwerfen seien. Ferner wird die Erwartung ausgedrückt, daß für die Zukunft der Abschluß von solchen Kompromissen wie das letzte Landtagswahlkompromiß unterbleibt, weil dadurch einer wirksamen Agitation speziell unter dem oberfränkischen Proletariat unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht und die bisherigen Erfolge in Frage gestellt würden. Den Schluß der Resolution bildet eine scharfe Verurteilung des Vorgehens des Genossen Adolf Müller auf dem Parteitage, weil Müller den Delegierten von Hof, Genossen Blumtritt, nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit persönlichen Verdächtigungen bekämpft habe.

* * *

Berichtigung. In unserem Bericht über die Kölner Parteiversammlungen hatten wir mitgeteilt, daß ein Antrag Meerfeld, der die Einsetzung einer Studienkommission zur Vorbereitung eines Agrarprogramms verlangt, zurückgezogen sei. Das ist unrichtig. Der Antrag ist im Gegenteil einstimmig angenommen worden.

Der Parteivorstand gegen die unbotmäßigen Sektionen.

Rom, 19. August. (Eig. Ber.) Der Parteivorstand hat den Ausschluß der Parteisektionen von Genua, Borgo San Donnino, Ostiglia und Persiceto verfügt, weil diese ihren aus der Partei ausgetretenen oder ausgeschlossenen Abgeordneten, den Reformisten Canepa, Berenini, Bononi und Giacomo Ferri ihr Mandat bestätigt haben. Die übrigen Sektionen, deren Abgeordnete aus der Partei ausgetreten sind, haben teils noch keinen Entschluß gefaßt, teils, wie die von Valenza (Abgeordneter Merlani) und Imola (Graziadei) von ihren Abgeordneten den Wiedereintritt in die Partei verlangt. Die Sektionen von Rom (Bissolati) und Orvieto (Trapanese) haben schließlich, der Aufforderung des Parteivorstandes entsprechend, ihren Abgeordneten das Mandat aberkannt.

Gerichts-Zeitung.

Ein recht unerwarteter Empfang

war drei jugendlichen Einbrechern bereitet worden, die sich gestern vor dem Strafrichter zu verantworten hatten. Angeklagt wegen versuchten schweren Diebstahls waren der Hausdiener Wilhelm Buchholz, der Arbeitsbursche Martin Kautz und der Kürschner Artur Quast. Der Angeklagte Buchholz war bis zum Juni d. J. bei dem Kaufmann Stein in der Prenzlauer Str. 42 als Hausdiener beschäftigt. Nachdem er entlassen worden war, nahm er einen Schlüssel mit, der zu einem Notausgang paßte, durch den man in den Lagerraum gelangen konnte. Bald nach dem Fortgange des B. wurde das Verschwinden des Schlüssels bemerkt. Der Geschäftsinhaber vermutete sofort, daß mit Hilfe des verschwundenen Schlüssels ein Diebstahl verübt werden sollte. Er legte sich mit einem Angestellten auf die Lauer und wartete mehrere Abende nach Geschäftsschluß der Dinge, die da kommen sollten. Seine Vermutung täuschte ihn auch nicht, denn eines Abends hörten die beiden Wartenden an jener Nottür Stimmen, ein Schlüssel wurde im Schlosse gedreht und herein traten die jetzigen drei Angeklagten, die nicht wenig überrascht waren, als sie sich auf frischer Tat ertappt sahen. Der Angeklagte Quast ergriff die Flucht und ließ sich an einem Telephondraht auf den Hof hinunter. Die beiden Festgenommenen behaupteten erst, daß sie den „Dritten im Bunde" nur unter dem Namen „Müller" kennen. Erst als sich dann Quast freiwillig stellte, legten sie ein umfassendes Geständnis ab. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den bei den Angeklagten schon recht stark hervortretenden Hang zum Verbrechen je ein Jahr Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Kallenbach darauf hinwies, daß ein derartig langer Aufenthalt im Gefängnis auf die jugendlichen und noch besserungsfähigen Angeklagten eher verschlechternd als bessernd wirken würde, da der Verkehr mit den übrigen Gefangenen erst die richtige „Schule" für die Jugendlichen sei. Das Gericht erkannte auf je sechs Monate Gefängnis.

Mit der „Wechselfalle",

einem alten Gaunertrick, der immer wieder angewendet wird, hatten zwei Schwindler gearbeitet, die vom Schöffengericht zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Die beiden Angeklagten, der Metalldrücker Theobald Höfert und der Kellner Theodor Tackhaus, hatten längere Zeit hindurch auf folgende Weise „gearbeitet". Einer von ihnen ging in ein Geschäft hinein und kaufte irgend eine Kleinigkeit für zehn Pfennige. Sodann bat er die Verkäuferin, ihm ein Zwanzigmarkstück zu wechseln. In diesem Moment kam dann der zweite Angeklagte in den Laden und verlangte scheinbar in großer Eile irgend eine Ware. Die hierdurch entstehende Verwirrung der Verkäuferin benutzte dann der erste Schwindler, um das Zwanzigmarkstück samt dem schon aufgezählten Wechselgeld einzustreichen und damit zu verschwinden. Diesen alten Trick wandten die Angeklagten in zahlreichen Fällen mit Erfolg an. Vor dem Schöffengericht behaupteten beide, sich überhaupt nicht zu kennen. Sie mußten dies aber schließlich wohl oder übel zugeben, nachdem ein Polizeibeamter als Zeuge bekundet hatte, daß er sich gleich nach der Verhaftung der Angeklagten in die benachbarte Zelle hatte einschließen lassen, um ihr Gespräch zu belauschen. Er habe hierbei gehört, daß sich beide Vorwürfe darüber machten, daß sie durch ihre eigene Dummheit „alle geworden", d. h. verhaftet worden seien. Das Schöffengericht verurteilte Höfer zu sechs Monaten und Tackhaus zu neun Monaten Gefängnis. Während sich letzterer bei dem Urteil beruhigte, legte Höfert Revision ein, die auch insofern Erfolg hatte, daß die Sache an die Strafkammer zurückverwiesen wurde. Diese verwarf jedoch gestern die Berufung unter Bestätigung des schöffengerichtlichen Urteils.

Versammlungen.

Eine Schifferversammlung, zu der die Schiffseigner, Heizer, Maschinisten, Boots- und Steuerleute eingeladen waren, fand am Sonntag in der „Neuen Philharmonie" statt. Ingenieur Woldt als Referent schilderte die großen technischen Umwälzungen in der Binnenschiffahrt. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft seien die Großunternehmer bestrebt, den kleinen Mann zu erdrosseln, ihn existenzunfähig zu machen. Besonders trete dies in der Binnenschiffahrt zutage, wo der kleine Schiffseigner immer mehr von der Bildfläche verschwindet. Diese Schiffseigner sind aber nun der falschen Meinung, die Löhne der Mannschaften hätten schuld an ihrem Untergang. Daß der Kleinschiffahrt bald das Lebenslicht ausgeblasen werde, das komme daher, daß der Zusammenschluß der großen Schiffahrtsaktiengesellschaften sowie die ungeheuere Belastung

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Kreis. Am Dienstag, den 27. August, abends 8½ Uhr, findet in den Konkordiasälen die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Aufstellung der Kandidaten. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Freitag, den 23. August, abends 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Zwischen Ferch und Potsdam.

Morgens zwischen 8 und ½9 Uhr fährt ein Zug nach Beelitz über die Ferngleise der Stadtbahn, den wir mit einer Fahrkarte bis Michendorf, die in der 3. Klasse ungefähr 1 M. kostet, benutzen. Von Michendorf durch die Dorfstraße, dann nach rechts über die Bahn auf dem Weg nach Ferch. Hat man eine leidliche Karte bei sich und will man nicht allzufrüh wieder heim, so geht man nicht den direkten Weg, sondern zur kleinen idyllischen Siedelung Lienewitz und besucht den großen Lienewitzsee, den man zum Teil umwandern kann. Der Weiterweg nach Ferch ist mit Hilfe der Gestelle und der Karte leicht zu finden und wir erreichen bald den rechten Waldweg, der sich nach dem Dorfe hinschlängelt. Er geht über die Fercher Berge (Ferch kommt wohl vom slawischen Verch, das Berg bedeutet), mit hohen Kiefern bestandenen und von Schluchten durchsetzten Hügeln. Durch die Bäume blitzt in der Ferne bald der See auf und wir steigen nach Ferch hinab. Das malerische Dörfchen am Südende des Schwielowsees mit seinen mächtigen alten Bäumen, den alten Backöfen am Hauptwege und den zerstreut bergauf und bergab gelegenen Häuschen wird immer häufiger das Ziel von Wanderern, denen der Grunewald zu nahe ist, und es ist ein Ziel, das sich lohnt. Wenn wir uns von dem alten Neste trennen wollen, so gehen wir durch die Dorfstraße zurück und an ihrem Ende links herunter an den See, dessen Ufer wir folgen. Steil fallen die Fercher Berge zum Seespiegel ab. Durch malerische Hänge hemmen sie das Auge, das hier nur den hohen Waldsaum erreicht. Nach links aber schweift es um so freier über die Fläche des größten Sees der Berliner Umgebung, der mit seinen 6 Kilometer Länge und fast 2 Kilometer Breite den Müggelsee übertrifft und gegen den der Wannsee zwergig erscheint. Die Wanderung bis Kaputh dauert etwa eine Stunde. So schön sie ist, so erfährt sie von hier ab noch eine Steigerung, wenn wir zu gelegener Zeit an der Fährstelle den Dampfer nach Potsdam besteigen. (Die abermals etwa eine Stunde erfordernde Fahrt kostet 40 Pf.) Es dauert eine Weile, bis das überaus langgestreckte alte Wendendorf unseren Blicken entschwindet. Der Wald säumt auf beiden Ufern lückenlos die seenartig breite Havel und kulissenartig schiebt er sich in- und auseinander. Rechts über den Hügeln glimmern die weißen Kuppeln des Potsdamer Astro-Physikalischen Observatoriums. Links wird das Gerüst der im Bau begriffenen Potsdamer Luftschiffhalle nahe dem Ufer sichtbar, und unwillkürlich sehen wir uns um, ob nicht gerade ein Zeppelin angesaust kommt. Dann wird die Silhouette des Stadtbildes von Potsdam immer deutlicher und wir landen in der Nähe des Bahnhofs. Hier hat man zur Rückkehr die Auswahl der Züge, die nach der Stadtbahn, Wannseebahn und nach dem Potsdamer Hauptbahnhof gehen. Unser Zug durchschneidet den Grunewald, kenntlich an der bald erreichten Region der friedlich lagernden Stullenpapiere und der dazwischen schlendernden und sitzenden Menschenmassen, die sich erst spät und langsam wieder in die Mauern Berlins entleeren, um am andern Morgen das graue Tagewerk wieder aufzunehmen.

Ein Zeichen der Zeit!

Die Pferdeschlachtungen hatten in Berlin sich in den letzten Jahren vermindert. Inzwischen ist aber ein Umschwung eingetreten, der wieder eine Mehrung der Pferdeschlachtungen gebracht hat. Die erneute Zunahme des Pferdefleischverbrauches hat, nachdem sie schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres bemerkbar geworden war, in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sich noch deutlicher gezeigt. Sie ist so erheblich, daß sie auffallen muß und die Frage nach der Ursache sich uns aufdrängt.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin macht hierüber allmonatlich Zusammenstellungen, die Mitteilungen der Polizei über die Betriebsziffern der Berliner Zentralroßschlächterei wiedergeben. Die letzte Zusammenstellung umfaßt die Zeit bis Juni 1912. Von den in der Zentralroßschlächterei geschlachteten Pferden wurden — nach Aussonderung der zurückgewiesenen Tiere — zum Verkauf freigegeben: in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1120, 955, 1113, 984, 951, 801, zusammen 5924 Pferde, dagegen in denselben sechs Monaten des vorigen Jahres nur 874, 763, 878, 685, 641, 620, zusammen 4461 Pferde. In der ersten Hälfte des Jahres 1912 war, wie man sieht, der Pferdefleischverbrauch um ein Drittel höher als in der ersten Hälfte des Jahres 1911. Da darf in der Tat die Frage aufgeworfen werden, wie die sehr bedeutende Zunahme zu erklären ist.

Diese Mengen geschlachteten Pferdefleisches werden nicht völlig, aber doch zu einem beträchtlichen Teil als Nahrung für Menschen verwendet. Es gibt in Berlin, wie bekannt, in den vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadtgegenden eine ganze Anzahl Fleischläden, in denen Pferdefleisch als solches feil gehalten wird. Wie oft mag überdies in der Wurstfabrikation betrügerisch Pferdefleisch verwendet werden, ohne daß der Käufer es merkt! Wenn nun die Gesamtmenge des Pferdefleischverbrauches plötzlich sich so stark gemehrt hat, wie es aus den oben mitgeteilten Zahlen ersichtlich ist, so darf vermutet werden, daß auch die Verwendung des Pferdefleisches zur Ernährung von Menschen beträchtlich zugenommen hat. Bei der herrschenden Fleischteuerung wäre das ja auch ohne weiteres begreiflich; denn immer dann, wenn die Lebensmittel verteuert werden, mehrt sich der Verbrauch billigerer Surrogate.

Es kann zugegeben werden, daß kein Mensch sich vor Pferdefleisch zu ekeln braucht. Liebhaber von Pferdefleisch versichern, daß sie es sogar als einen besonderen Genuß schätzen. Tatsache ist aber, daß bei dem allergrößten Teil der Bevölkerung der althergebrachte Widerwille gegen den Genuß von Pferdefleisch sich noch immer behauptet. Nur in Zeiten der Fleischteuerung entschließt noch mancher sich, diesen Widerwillen niederzukämpfen und Pferdefleisch zu kaufen. Mangel und Not, verschärft durch die agrarische Verteuerungspolitik der Reichsregierung, zwingen die Unbemittelten, bei der Befriedigung aller ihrer Lebensbedürfnisse ihre Ansprüche immer weiter herabzusetzen. Wie lange noch soll das so weitergehen?

Der städtische Seefischverkauf soll nach einem gestern von der Markthallen-Deputation gefaßten Beschluß vom 3. September d. Js. ab wieder aufgenommen werden. Es werden wie in der verflossenen Saison zwei Verkaufstage in der Woche (Dienstag und Donnerstag) eingerichtet werden. Die weiteren Bekanntmachungen erfolgen durch das Nachrichtenamt und an den Anschlagsäulen. Der städtische Seefischverkauf ist bisher nicht nur vom besten Erfolg begleitet gewesen, sondern hat auch eine Steigerung des Verkaufs bei den Fischhändlern hervorgerufen. Es ist vorauszusehen, daß die hauptstädtische Bevölkerung sich in erhöhtem Umfange dem Konsum von Seefischen, die gerade jetzt am schmackhaftesten sind und deren hoher Nährwert längst anerkannt ist, zuwenden wird, zumal die Fleischpreise gegenwärtig eine unerschwingliche Höhe erreicht haben.

Auf eine harte Probe scheint der neue Berliner Oberbürgermeister Herr Wermuth gestellt zu werden. Bei seinem löblichen Bestreben, sich noch vor seinem Dienstantritt mit den kommunalen Einrichtungen Berlins möglichst vertraut zu machen, ist das Stadtoberhaupt schon verschiedentlich interviewt worden. Am ersten Tage war es ein Mitarbeiter des „Lokal-Anzeiger“, der großspurig mit Herrn Wermuth durch Alt-Berlin geschritten ist und den Ausfrager markiert hat. Diesmal will der Herr nicht bloß das Gras wachsen gehört, sondern sich leibhaftig mit dem neuen Stadtoberhaupt über Alt-Berlin unterhalten haben. Die Mitwelt erfährt sogar, daß der Interviewer mit Herrn Wermuth unterm Regenschirm über die Waisenbrücke gegangen ist. Auf das, was Herr Wermuth über sein Wollen und seine Bestrebungen dem Begleiter mitgeteilt haben soll, möchten wir nicht eingehen.

Gestern früh ist Herrn Wermuth ein Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ in den Weg gelaufen, der bereits in der gestrigen Abendnummer des genannten Blattes das wiedergibt, was ihm in Ehrfurcht und frommer Scheu von Exzellenz zugeflüstert worden ist. Da Herr Wermuth die 14 Tage bis zur Einführung in sein Amt noch ausfüllen will mit Informationen und Inaugenscheinnahme der städtischen Einrichtungen, so dürfte er wahrscheinlich noch über manchen Ausfrager stolpern.

Durch die neue Straßenbahn Tegel—Tegelort—Heiligensee, mit deren Bau in der nächsten Woche begonnen werden soll, wird auch eine Verkehrsverbindung Tegels mit Spandau resp. dem westlichen Haveluser geschaffen werden. Die Spandauer Straßendeputation hat die Anlage eines Straßenbahnringes geplant, und zwar durch Ausbau der Straßenbahn von Hakenfelde nach dem sogenannten Rust, gegenüber Tegelort. Der Anschluß an die Straßenbahn Tegelort—Tegel soll durch Fährboote vermittelt werden.

Eine großartig eingerichtete Buchmacherzentrale sowie das Bureau eines Tipster wurde dieser Tage von der Kriminalpolizei aufgehoben. Das Bureau wurde im Norden Berlins von einem Herrn G. betrieben, der selbst Besitzer von fünf Rennpferden ist, die er auf eigene Kosten auf verschiedenen Bahnen laufen läßt. In den Räumen G.s wurden Zettel und Hefte hergestellt, in denen die voraussichtlich siegreichen Pferde auf allen deutschen, französischen und englischen Rennbahnen angekündigt wurden. Diese Tips, die G. Stück für Stück mit 50 Pf. bis 10 M. verkaufte, wurden von diesem durch eine große Anzahl Radfahrer kleinen Zeitungs- und Buchhändlern zugestellt, die sie dann an die Wetter weiterverkauften. Die Ein- und Ausgänge der Tips waren so groß, daß drei Damen vollauf mit deren Registrierung zu tun hatten. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte zuerst bei den kleinen Händlern alle Wettbriefe und stattete dann auch dem Bureau G.s einen Besuch ab. Wie schwunghaft dessen Handel war, geht daraus hervor, daß die Beamten hier noch drei große Säcke voll Wettzetteln vorfanden. Da G. nichts anderes zu tun brauchte, als die Zettel, die nur die Namen der getipten Pferde und Reiter enthalten, mit seiner Handdruckerei herzustellen, muß das Geschäft sehr einträglich gewesen sein. Wenn einmal seine Wettbriefe nicht mehr so stark verlangt wurden, weil die genannten Pferde immer „abgingen“, so wußte er sich dadurch zu helfen, daß er sie unter neuem Umschlag und neuem Namen erscheinen ließ. Wollte es dann der Zufall, daß einige der Tips mit großen Quoten herauskamen, so waren die Briefe eine Zeitlang stark begehrt, bis das Glück wieder eine Weile versagt hatte. — Die große Buchmacherzentrale wurde in einem Bierlokal im Zentrum Berlins betrieben. Obwohl hier die Gäste eine große Tafel darauf aufmerksam macht, daß das Abschließen von Wetten verboten ist, hielten sich hier vier Buchmacher auf, die kurz vor Beginn und während der Rennen mit einem Notizblock in der Hand von Tisch zu Tisch gingen und Wetten annahmen. Da sie Vorkehrungen getroffen hatten, daß ihnen die Renndepeschen gleich nach Schluß zugestellt oder die Ergebnisse durch ein eigens dazu angelegtes Telephon mitgeteilt wurden, konnten sie den Wettern noch im Lokal eventuelle Gewinne auszahlen. Als die Kriminalpolizei dort einfiel, war das Wettgeschäft in vollem Gange. Sie beschlagnahmte nicht nur das Geld und die Wettzettel der Buchmacher, sondern nahm auch eine Menge Wetter zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten mit nach der Polizeiwache. Es stellte sich heraus, daß unter ihnen Leute waren, die von den Vororten eigens zum Abschluß der Wetten hierher kamen und bis zum Schluß der Rennen in dem Bierlokal blieben.

Der Phantasie eines Kindes scheint die vermeintliche Messerstecherei entsprungen zu sein, über die aus der Prenzlauer Straße berichtet wurde. Die fünfjährige Margarete Schulz bleibt dabei, von einem unbekannten Manne mit dem Messer gestochen worden zu sein, es bestehen aber jetzt doch erhebliche Bedenken an der Wahrheit ihrer Darstellung. Es muß schon auffallen, daß die Kleine den Täter so gut wie gar nicht beschreiben kann. Es kommt aber noch hinzu, daß das Kind, das eine Flasche Milch geholt hatte, hingefallen und daß dabei die Flasche in Scherben gegangen ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Verletzungen von Glasscherben herrühren, und daß das Kind auf den Messerstecher nur gekommen ist, weil es von dem Vorfall bei Nauen jedenfalls viel hat reden hören.

Die größte und zugleich auch die „schwerste“ Anklage, die vielleicht je in einer Strafsache angefertigt worden ist, ist vor einigen Tagen dem nun seit zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Bankier Otto Sattler, dem Gründer der „Merkur-Bank“, zugestellt worden. Die gegen S. erhobene Anklage umfaßt nämlich die Kleinigkeit von über 2000 Seiten, ist ziemlich so stark wie das Berliner Adreßbuch und wiegt, knapp gemessen, mindestens 12 Pfund. Für die Ausarbeitung dieses Anklagemonstrums ist dem Dezernenten der Staatsanwaltschaft I, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schwinkerath, ein Urlaub von neun Monaten gewährt worden. Der Hauptteil der Anklage wird vor der Strafkammer in einer Mitte November beginnenden Verhandlung zur Erledigung kommen, während ein kleinerer Teil das Schwurgericht beschäftigen wird. Dem Angeklagten ist zur Erklärung auf die Anklageschrift eine Frist von zwei Monaten gewährt worden. Neben Sattler sind noch mehrere Angestellte der verkrachten „Merkur-Bank“ angeklagt. Die Verhandlung wird, wie man in den beteiligten Kreisen annimmt, wahrscheinlich über drei Monate dauern.

Ein rätselhafter Todesfall beschäftigte die Kriminalpolizei. Die Hebamme Frau Berta Behling aus der Marienburger Str. 6 zeigte vor einigen Tagen an, daß bei ihr ein unbekanntes junges Mädchen plötzlich gleich bei ihrem Eintritt in die Wohnung zusammengebrochen und gestorben sei. Sie besitzt, irgendwelche Handlung an der Unbekannten vorgenommen zu haben. Wegen vorliegender Verdachtsmomente wurde Frau B. in Haft genommen. In der Person der Toten ist jetzt eine 25 Jahre alte Putzfedernarbeiterin aus Neukölln festgestellt worden, die ohne Wissen ihrer Eltern den verhängnisvollen Besuch bei der Hebamme gemacht hatte.

Der Prozeß gegen den Raubmörder Trenkler wird, wie man uns mitteilt, schon in der ersten Schwurgerichtsperiode nach den Gerichtsferien, die Mitte September beginnt, zur Verhandlung gelangen. Wie erinnerlich, mußte der schon einmal angesetzt gewesene Termin seinerzeit vertagt werden, da der schwer lungenleidende Trenkler nach dem Gutachten mehrerer Aerzte infolge mehrerer Blutstürze verhandlungsunfähig geworden war. In dem Untersuchungsgefängnis soll sich unter Anwendung von Nährpräparaten sein Gesundheitszustand derartig gebessert haben, daß er einer erneuten Verhandlung gewachsen ist. Wie berichtet wird, soll Trenkler vor kurzer Zeit nochmals einen Selbstmordversuch in seiner Zelle unternommen haben, der aber durch das Eingreifen eines Aufsehers verhindert werden konnte.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 5¼ Uhr in der Stendaler Straße. Dort spielte der dreijährige Knabe Herbert F., dessen Eltern in der genannten Straße wohnen, mit mehreren anderen Kindern auf dem Straßendamm. Die Kleinen liefen über die Gleise und achteten im Eifer des Spiels nicht auf einen herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 19. Erst im letzten Augenblick vermochten sich zwei der Kinder durch einen Seitensprung zu retten, während der kleine F. vom Vorderperron erfaßt wurde und unter den Schutzrahmen geriet. Das Kind erlitt so schwere innere Verletzungen, daß es in bewußtlosem Zustande hervorgezogen wurde und bald darauf im Krankenhause Moabit, wohin es geschafft wurde, verstarb.

Bemerkenswert für Angehörige Kranker in der Nervenklinik in der Charité ist eine Mitteilung, die uns von einem Leser des „Vorwärts“ gemacht wird. Während derselbe wochentags nachmittags seine kranke Angehörige durch das Portal am Alexanderufer aufsuchte, ging er Sonntags durch das Portal in der Schumannstraße. Am letzten Sonntag hatte sich der Schreiber etwas verspätet, weshalb er auf dem kürzesten Wege, nämlich durch das Portal am Alexanderufer, nach der Nervenklinik zu gelangen suchte. Doch als er dort ankam, fand er das Portal geschlossen. Nunmehr mußte der Krankenbesucher durch das an der entgegengesetzten Seite liegende Portal gehen. Dadurch verringerte sich die Besuchszeit um eine halbe Stunde, die er gebrauchte, um auf diesem Umwege in die Nervenklinik zu gelangen. Im Interesse anderer Krankenbesucher, denen noch unbekannt ist, daß jenes Portal am Alexanderufer Sonntags nicht geöffnet ist, ersucht uns der Schreiber, an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen.

Aus dem Schleusenkanal gelandet wurde, wie wir mitteilten, in der Nacht zum Montag ein junges Mädchen, das kurze Zeit vorher vor dem Hause Friedrichsgracht 10 ins Wasser gesprungen war. Wie jetzt festgestellt werden konnte, ist die Tote eine erst 18 Jahre alte Verkäuferin Helene Kuhn aus der Neißestraße zu Neukölln. Liebesgram hat das Mädchen zu diesem Schritt veranlaßt.

Lehrstellen weist der Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend nach.

1. Sprechstunden für Lehrlinge: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 3 bis 5 Uhr in dem Schulhause, Hinter der Garnisonkirche 2, und täglich außer Sonntags Senefelderstr. 6 von 12 bis 1 Uhr. Osterzeugnis mitbringen.
2. Lehrherren werden gebeten, ihre Anträge an die Geschäftsstelle (Rektor Gillert), N. 58, Senefelderstr. 6, zu senden.

Vorort-Nachrichten.

Die Neueinteilung der Wahlbezirke in Wilmersdorf

zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist vom Magistrat veröffentlicht worden. Diese Aenderung resultiert aus der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten. Anfangs dieses Jahres wurde bekanntlich die Erweiterung des Stadtverordnetenkollegiums von 48 auf 60 Stadtverordnete beschlossen. Infolgedessen sind bei den Wahlen im Herbst außer den turnusgemäß ausscheidenden 16 Vertretern noch zwölf neue Vertreter zu wählen. Da außerdem noch ein Mandat durch Verzug erledigt ist, handelt es sich insgesamt um die Besetzung von 29 Mandaten. Um die neuen Vertreter nun bestimmten Bezirken zuteilen zu können, war die Neueinteilung aller Bezirke notwendig. Entscheidend in dieser Frage ist der Magistrat allein. Nach § 14 der Städteordnung hat der Magistrat, falls eine Aenderung infolge der Zahl der stimmfähigen Bürger oder aus sonstigen Gründen erforderlich ist, eine entsprechende anderweitige Festsetzung zu treffen.

Ist nun schon die bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gesetzlich vorgesehene Drittelung der Wähler als eine die minderbemittelten Bürger in ihren Rechten erheblich herabsetzende Tatsache zu verzeichnen, so gesellt sich neben dem Hausbesitzerprivileg als drittes die dem Magistrat zustehende Befugnis der Bezirkseinteilung zu. In Stadtgemeinden, die eine gleiche Struktur in der Bevölkerung aufweisen wie Wilmersdorf, läßt sich leicht bei neuer Einteilung der Bezirke etwa zu befürchtender Einfluß herabmindern.

Die vorliegende Einteilung sieht für die dritte Wählerabteilung an Stelle der bisher bestandenen 11 Wahlbezirke deren nur neun vor. Es muß Verwunderung hervorrufen, weshalb man jetzt entgegen der früheren Zahl der Bezirke eine Minderung eintreten läßt. Zur leichteren Durchführung der Wahlen kann das keineswegs dienen. Der Mehrheit des Magistrats scheint die Mitwirkung der Sozialdemokratie im Stadtparlament nicht angenehm zu sein. Kann man auch die beiden Vertreter der Arbeiterschaft nicht so ohne weiteres los werden, so heißt es doch, der Wahl weiterer Sozialdemokraten vorbeugen. Anscheinend fand man keinen anderen Weg, die minderbemittelte Bevölkerung von jeder Vertretung auszuschalten. Deshalb begab man sich auf den Weg der Wahlkreisgeometrie. So wählen nach der neuen Einteilung zwei Bezirke (1. und 8.) je einen Stadtverordneten, fünf Bezirke (2, 3, 4, 5 und 6) je zwei, der 7. Bezirk drei Vertreter, während auf den 9. Bezirk sogar fünf entfallen. Gleichzeitig hat auch eine Verteilung der Mandate auf die einzelnen Bezirke stattgefunden. In erster Linie war hierbei der Wohnsitz der Stadtverordneten maßgebend. Wo mehr als für den betreffenden Bezirk zu wählende Vertreter in Frage kamen, sind diese auf die anderen Bezirke durch das Los verteilt worden. Dadurch hat man es auch ermöglicht, einen unserer Vertreter dem Kaiserplatzbezirk zuzuweisen, der nunmehr mit dem Rheingau zusammen den 9. Bezirk bildet. In den Kreisen unserer Gegner glaubt man schon, den Genossen Schröder auf diese Art aus dem Stadtparlament verschwinden zu sehen. Vorläufig bleibt dies jedoch ein frommer Wunsch, da unsere beiden Vertreter erst in vier Jahren zur Wahl stehen. Bis dahin wird sich auch in Wilmersdorf manche Aenderung zu unseren Gunsten vollzogen haben.

Gegenwärtig ist es aber Aufgabe, angesichts der bevorstehenden Wahlen alle Kräfte zu entfalten und die Wählerschaft aufzurütteln.

Schon die Herbstwahlen müssen der zurzeit im Rathause dominierenden Mehrheit zeigen, daß die alleinige Wahrung der Interessen der Besitzenden nicht der Anschauung der Allgemeinheit entspricht.

Charlottenburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag erstattete Genosse Berg den Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung. Diesem Bericht folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich die Genossen Hubrid, Hehn, Eberlein u. a. beteiligten. In der Frage der Erbschaftssteuer wurde von einigen Rednern eine ablehnende, von anderen eine zustimmende Haltung für geboten erachtet. Auf Antrag des Vorsitzenden Genossen Bade wurde von einem bestimmten Beschluß Abstand genommen.

Die Genossen Eberlein und Hehn wünschten eine bessere Ausgestaltung unserer Zahlabende. Schließlich stimmte die Mehrheit einem Antrag Eberlein zu: „Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, sich mit der Ausgestaltung der Zahlabende zu beschäftigen und der nächsten Generalversammlung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten".

Hierauf wurden die 17 Delegierten für die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin gewählt, ebenso die Mitglieder folgender Kommissionen: Kinderschutzkommission: Frau Toni Sußmann; Lokalkommission: Rogatt, Neumann, Lubatz; Schifferagitation: Quittschau; Materialverwalter: Bunge; Bibliothekar: Zippel; Bildungsausschuß: Dr. Rosenfeld, Dr. Sußmann, Zempelburg, Frl. Knobbe. In die Gewerkschaftskommission wurde Genosse Seifert delegiert.

Nachdem noch ein Antrag des Vorstandes Annahme gefunden hatte, in Zukunft den erweiterten Vorstand in den Volkshausausschuß zu delegieren, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Wilmersdorf.

Dachstuhlbrand am Ringbahnhof Halensee. In der Nacht zum Mittwoch hatte die hiesige Feuerwehr in der Westfälischen Straße 44 am Ringbahnhof Halensee ein Großfeuer zu bewältigen. Es brannte der Dachstuhl des Vorderhauses in ganzer Ausdehnung und die Flammen bedrohten auch die Nachbargebäude. Es mußte sofort mit fünf Rohren Wasser gegeben werden, die von der Dampfspritze gespeist wurden. Die Löscharbeiten zogen sich aber über drei Stunden hin. Vom Dachstuhl des Vorderhauses konnte nichts mehr gerettet werden. Allem Anschein nach handelt es sich auch in diesem Falle um Brandstiftung. Die Wohnungen im Obergeschoß haben durch Wasser stark gelitten.

Schöneberg.

Die nationale Flugspendenbettelei, die sich seit einiger Zeit in der bürgerlichen Presse breit machte, scheint sich nunmehr auch auf andere Kreise ausdehnen zu wollen. Vor einiger Zeit erschien im städtischen Arbeitsamt ein Hinweis auf diesen Rummel, und wurde durch diesen Aushang versucht, bei den Arbeitslosen einen gewissen Eindruck hervorzurufen. Eine sonderbare Zumutung, jemanden, der Arbeit sucht, der für seine Familie sorgen will, aufzufordern, den letzten Heller seinen Angehörigen zu entziehen.

Jetzt agitiert man sogar in den Schulen. So soll letzthin den Kindern der Gemeindeschule in der Hohenstaufenstraße von einer Lehrerin mitgeteilt worden sein, jedes Kind erhalte eine Medaille, wenn es für die Flugspende Geld mitbringt. Es muß doch sehr schlecht um die Opferwilligkeit unserer Patrioten bestellt sein, wenn man auf diese Weise Gelder zusammenbettelt. Tatsächlich haben die Eltern zweier Kinder durch wiederholtes Zureden sich bereit finden lassen, Geldbeträge zu senden, obwohl es im eigenen Haushalt mangelt und jeder Pfennig gebraucht wird. Zum mindesten sollte man die Schule von dieser Bettelei verschont lassen.

Zeugen gesucht. Am 4. August wurde die Aufwärterin Frau Auguste Kirschke vor dem Bahnhof Yorkstraße beim Besteigen der Straßenbahn von einer Autodroschke umgerissen und überfahren. Da dem Vorgange mehrere Straßenpassanten beiwohnten, werden diese dringend gebeten, ihre Adressen gegen Rückerstattung der Auslagen an Otto Dreke, Eisenacher Str. 52 1 Treppe, einzusenden.

Friedenau.

Großfeuer. Ein gewaltiger Dachstuhlbrand brach gestern nachmittag in der Saarstr. 19 aus. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als der größte Teil vom Dachstuhl des Vorderhauses schon in Flammen stand. Als die hiesige freiwillige Feuerwehr auf der Brandstelle eintraf, war die Situation so bedrohlich, daß man sich entschloß, auch die Schöneberger Feuerwehr um Hilfe anzugehen. Diese entsandte sofort den ersten Löschzug aus der Hauptfeuerwache. Die Löschmannschaften drangen zum Teil über die Treppen, zum Teil über zwei mechanische Leitern gegen den Brandherd vor, der mit sieben Rohren bekämpft wurde. Den Bemühungen der Sappeure gelang es, das Feuer von den Nachbarhäusern fernzuhalten. Der Dachstuhl des Hauses Nr. 19 brannte aber total nieder. Als die Gefahr als beseitigt gelten konnte, rückte die Schöneberger Feuerwehr wieder ab. Die Ortswehr hatte aber noch bis zum späten Abend mit den Nachlösch- und Aufräumungsarbeiten zu tun. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht ermittelt.

Neukölln.

Ein zweiter Kreisschulinspektionsbezirk wird hier am 1. Oktober dieses Jahres errichtet werden. Die Geschäfte sind dem Kreisschulinspektor Hüttenrauch in Glogau übertragen worden. Die Abgrenzung der Bezirke wird voraussichtlich ähnlich den beiden Königlichen Bauinspektionen durch die Berliner und Bergstraße und deren Fortsetzung gehen.

Auf der Reise befindet sich ein acht Jahre alter Durchbrenner, der Schüler Ernst Kantorowicz aus der Bergstraße 21. Der jugendliche Ausreißer entwendete seinen Eltern drei Mark, packte seine Kleidungsstücke und auch seine Spielsachen in einen rotkarierten Kopfkissenbezug und verließ heimlich die elterliche Wohnung. Spielkameraden gegenüber äußerte er, daß er nach Oliva fahren wolle, um seinen Großeltern einen Besuch abzustatten. Dort ist er aber bis jetzt nicht eingetroffen. Der reiselustige „Wanderbursche" ist 1,20 Meter groß, schlank und hat blaue Augen. Bekleidet war er bei dem Antritt seiner „Reise" mit einem blaukarierten Matrosenanzug. Eine Kopfbedeckung hatte er nicht auf.

Pankow.

Das hiesige Kaufmannsgericht hatte sich nach dem Bericht über seine Geschäftstätigkeit im Jahre 1911 mit 48 Klagesachen zu befassen. Die Klagen waren dreimal von seiten der Kaufleute und 45mal von seiten der Handlungsgehilfen und Lehrlinge anhängig gemacht. Es wurde in 31 Sitzungen 17mal ohne und 14mal mit Beisitzern verhandelt. Von den 48 Klagesachen fanden ihre Erledigung: 4 durch Zurücknahme der Klage, 2 durch Verzicht, 18 durch Vergleich, 3 durch Versäumnisurteil, 5 durch Verurteilung nach dem Klageantrag, 2 durch teilweise Verurteilung nach dem Klageantrag, 8 durch Abweisung der Klage. 6 Sachen gingen unerledigt in das Geschäftsjahr 1912 über. Der Wert der Streitgegenstände betrug in 2 Fällen bis 20 M., in 5 Fällen mehr als 20 bis 50 M., in 11 Fällen mehr als 50 bis 100 M., in 16 Fällen mehr als 100 bis 300 M. und in 14 Fällen mehr als 300 M. Aus dem Jahre 1910 war nur eine Klage ins Berichtsjahr übernommen; diese endete mit der Verurteilung des Beklagten nach dem Klageantrag. Als Einigungsamt gemäß § 85 des Ortsstatuts ist das Kaufmannsgericht nicht in Funktion getreten. Ebenso sind Gutachten und Anträge im Berichtsjahre nicht abgegeben worden.

Reinickendorf.

Einen empfindlichen Verlust erlitt ein Butterhändler in der Granatenstraße, dem Einbrecher einen Besuch abstatteten. Die Diebe verschafften sich mittels Nachschlüssels Zugang zu den Kontorräumen, wo sie einen Schreibtisch erbrachen und aus diesem eine eiserne Kassette mit zirka 4000 M. in barem Gelde stahlen. Aus einem zweiten Behälter entwendeten sie Wertpapiere in Höhe von 3000 M., ein Sparkassenbuch der Sparkasse Berlin über 40 M. und Familienpapiere. Die Einbrecher, die anscheinend mit den örtlichen Verhältnissen vertraut waren, sind unbemerkt entkommen. Am nächsten Morgen wurde die Kassette mit den Wertpapieren in Pankow aufgefunden.

Tegel.

Zur Vorsicht vor gewissen Hebammen mahnt der stellvertretende Gemeindevorsteher. Es häufen sich, so wird von ihm ausgeführt, die Fälle, daß Kinder von auswärts, namentlich von gewissen Berliner Hebammen hier in Pflege gegeben werden, wobei sich die Pflegeeltern durch Zahlungsversprechen oft viele Monate hinhalten lassen. Zahlung erfolgt aber aber auch dann nicht und der Armenverband wird in Anspruch genommen. Da dieser aber für die bereits verflossene Zeit nachträglich keine Beihilfe zu leisten vermag, möge man bei der Inpflegenahme auswärtiger unehelicher Kinder sehr vorsichtig sein und bei der Gemeindeverwaltung vorher Rat einholen.

Oranienburg.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern auf dem der Firma Zeitz u. Weidemann gehörigen Dampfer „Mecklenburg", der zurzeit hier vor Anker liegt, zugetragen. Gegen abend wurde die Fracht des Dampfers, Metall und Zucker, gelöscht und die einzelnen Stücke wurden mittelst einer Dampfwinde aus dem Lagerraum gehoben. Als ein 10 Zentner schweres Faß vom Kran angehoben war, gaben die Klammern der Winde plötzlich nach und die schwere Last stürzte in den Lagerraum zurück. Das Faß fiel direkt auf den Kapitän des Dampfers, Israel. Auch ein zweites Faß im Gewichte von drei Zentnern wurde von dem rollenden Faß umgerissen und stürzte gleichfalls auf den Unglücklichen, der von der schweren Last umgerissen und furchtbar zugerichtet wurde. Erst nach schwerer Anstrengung konnte der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Israel war der Brustkasten eingedrückt, Beine und Arme mehrmals gebrochen worden. Ein hinzugerufener Arzt leistete dem Schwerverletzten die erste Hilfe und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Krankenhause. Auf dem Transport dorthin ist der Kapitän jedoch verstorben.

Markgrafpieske.

Die Gemeindevertretung, in der bekanntlich neben zwölf Genossen nur drei bürgerliche Vertreter sitzen, nahm in ihrer letzten Sitzung die Schöffenwahlen vor. Gewählt wurden: Eigentümer Max Wihle, Mühlenbesitzer, Richard Gembus und Genosse Wilhelm Wiegel II. Ob die drei Gewählten die Bestätigung erhalten, bleibt noch abzuwarten. In die Einkommen-Voreinschätzungskommission wurden die Genossen Otto Grasnik, Gustav Grasnik und Franz Glenz gewählt; als Stellvertreter wurden ebenfalls drei Genossen gewählt.

Spandau.

Straßenunfall. Neun junge Leute, die von einer Radtour zurückkehrten, wurden auf der Döberitzer Heerstraße zum Teil sehr erheblich verletzt. Ein Fuhrwerk, dessen Pferde beim Erscheinen der Radfahrer scheuten, fuhr mitten in die Gruppe hinein. Die Radfahrer kamen sämtlich zu Fall, erlitten Rippenbrüche und Kopfverletzungen. Ihre Räder wurden vollständig zertrümmert.

Eine Ladenkasse wurde in der Weißenburger Straße am hellen Tage geplündert. Während die allein anwesende Frau des Inhabers eines Zigarrengeschäfts sich in einem hinteren Raum befand, betrat ein junger Mann unbemerkt den Laden und nahm die Gelegenheit wahr, aus der Kasse einen Geldbetrag zu stehlen. Ehe die Frau hinzukam, war er mit der Beute verschwunden.

Jugendveranstaltungen.

Die freie Jugend Charlottenburg veranstaltet am Sonnabend, den 24. August, gemeinsam mit dem Holzarbeiterverband eine Nachtpartie nach Pichelsberge. Abmarsch ½9 Uhr abends vom Jugendheim, Rosinenstraße 3. Gäste sind willkommen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. Die dem Bunde angeschlossenen Vereine tagen in folgenden Lokalen: **Montag:** Solidarität, Oranienstr. 103, Witwe Augustin. Zukunft, Nieder-Schönhausen, Kaiser-Wilhelm-Str. 83, Berchke. — **Dienstag:** Berliner Volkschor, Langestr. 38, Aula der Pflichtfortbildungsschule. Allegro, Lausitzer Straße 8, Grabert. Louisenst. Männerchor, Kommandantenstr. 62, Beckers Festsäle. Namenlos, Andreasstr. 21, Andreas-Festsäle. Nord-Ost-Lyrania, Elbinger Str. 9, Beiersdorf. Schuhmacher, An der Stralauer Brücke 3, Knörich. Unverzagt, Salzwedeler Str. 16, Bachstein. Vorwärts-Frohsinn, Rummelsburg, Hauptstr. 85, Beyer. Weddinger Harmonie, Pasewalker Straße 8, Preppernau. Maibund, Wittenau, Hauptstr. 56, Schulz. — **Donnerstag:** Becherklang, Samariterstr. 11, Heckers. Britz, Britz, Chausseestr. 69/70, Nachtahl. Einigkeit, Staaken, Berliner Straße, Zum br. Hirsch. Fichte-Georginia, Ohmstr. 2, Klubhaus. Freie Sängerschaft, Tempelhof, Berliner Str. 41/42, Becker. Frohsinn, Alte Schönhauser Straße, Schrader. Groß-Lichterfelder Männerchor, Groß-Lichterfelde, Bäkestr. 22, Gesellschaftshaus. Hilaritas, Lychener Str. 3, Maas. Hoffnung, Spandau, Bismarckstr. 8, Radetzky. Kreuzberger Harmonie, Fichtestr. 29, Raabe. Lerche, Bornholmer Str. 7, Süßmilch. Lichtenberger Männerchor, Lichtenberg, Pfarrstr. 74, Ertelt. Liederfreund, Pankow, Breitestr. 14, Türkisches Zelt. Maientraum - Soni-belli, Urbanstr. 93, Kutscher. Männerchor Harmonie, Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 23, Reiher. Männerchor Friedenau-Steglitz, Steglitz, Ahornstr. 15a, Schellhase. Männerchor Lankwitz-Südende, Lankwitz, Viktoriastr. 42/43, Gesellschaftshaus. Melodia, Neukölln, Mareschstr. 14, Ideal-Klause. Morgengrauen, Rosenthaler Str. Rosenthaler Hof. Olympia, Blumenstr. 10, Alt-Berlin. Sängerabteilung I Süd-Ost, Oranienstr. 180, Kasino. Sängerchor Wedding, Triftstr. 63, Funke. Schneeglöckchen, Neukölln, Hermannstr. 49, Hoppe. Schöneberger Männerchor, Schöneberg, Meininger Str. 8, Neue Rathaussäle. Töpfer, Königsgraben 2, Schulz. Vorwärts, Naunynstr. 6, Wollenberg. Vorwärts, Friedrichsfelde-Karlshorst, Berliner Str. 98, Südbrink. — **Freitag:** Berliner Volkschor, Langestr. 38, Aula der Pflichtfortbildungsschule. Arbeiter-Gesangverein Mariendorf, Mariendorf, Chausseestr. 27, Löwenhagen. Berliner Männerchor, Köpenicker Straße 137/38, Fürstenhof. Borhagen-Rummelsburg, Rummelsburg, Hauptstr. 2, Bellevue. Charlottenburger Liedertafel, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, Volkshaus. Esmeralda, Kochhannstr. 7, Giese. Gastwirtsgehilfen, Große Hamburger Str. 18/19, Verbandshaus. Gesundbrunner Harmonie, Prinzenallee 33, Schmidt. Glasarbeiter, Neue Jakobstraße 26, Sängerheim. Hutmacher-Gesangverein Einigkeit, Rosenthaler Straße 11/12, Rosenthaler Hof. Kupferschmiede, Landsberger Str. 59, Landsberger Kasino. Liberté, Engelufer 15, Saal I, Gewerkschaftshaus. Liedertafel West, Lützowstr. 111/112, Viktoria-Brauerei. Männerchor Moabit, Beusselstr. 9, Kirchkowsky. Männerchor Norden, Schönhauser Allee 80, Milasäle. Männerchor Oberspree, Baumschulenweg, Baumschulenstraße, Serpentin. Männerchor Ost, Strausberger Str. 3, Fortunasäle. Männerchor Reinickendorf-Ost, Reinickendorf, Residenzstr. 124, Sadau. Männerchor Weißensee, Weißensee, Roelcke- Ecke Pistoriusstraße, Balzer. Männerchor Neukölln, Neukölln, Bergstraße, Passagerestaurant. Neu erwacht, Invalidenstraße 1, Harmonie. Putzer, Königsgraben 14a, Schulz. Sängerchor Südost, Reichenberger Str. 147, Garske. Sängerkranz, Rigaer Str. 95, Pätzold. Senefelder, Neue Roßstr. 3, Englischer Hof. Textilia, Langestraße 30, Nowotnick. Transportarbeiter, Andreasstr. 21, Borgmann. Typographia, Ohmstr. 2, Klubhaus. Vorwärts-Frohsinn, Rummelsburg, Hauptstr. 85, Beyer. Wilmersdorfer Männerchor, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 20/21, Schilling. Einigkeit II, Reinickendorf-West, Eichbornstraße 60, Eichbornsäle. Freiheitsklänge, Borsigwalde, Ernststraße, Woitschach. Immergrün, Tegel, Berliner Str. 91, Kaliès.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 25. August. 1. Nach der Uckermark. Wilmersdorf-Henkinshain (Nachtquartier). Wagenfahrt nach der Prenzlauer Stadtforst. — Prenzlau: Besichtigung der Stadt. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof Sonnabend, abends 7,46 Uhr. 2. Chorinchen—Altenhof—Werbellinsee. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof Sonnabend, abends 9,15 Uhr. 3. Birkenwerder—Briese—Liepnitzsee—Bernau. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof Sonnabend, abends 12,55 Uhr. 4. Nauen—Zäglitz—Krämer—Schwante. Abfahrt Lehrter Bahnhof 5,24 Uhr vormittags. 5. Melchow—Schwärzesee—Samithsee—Melchow. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5,59 Uhr vormittags. 6. Erkner—Rüdersdorf—Stienitzsee—Fredersdorf. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 6,23 Uhr vormittags. 7. Frohnau—Summtsee—Birkenwerder. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 5,48 Uhr vormittags. 8. Pankow—Schloßpark—Riesenstein—Buch. Treffpunkt Pankower Kirche 2 Uhr nachmittags. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 20. August 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 28,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,60—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 21. August 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	758	S	1	Regen	16	Haparanda	768	SO	2	bedeckt	10
Hamburg	759	SW	3	bedeckt	15	Petersburg	763	ONO	3	bedeckt	11
Berlin	759	W	1	bedeckt	16	Scilly	762	W	5	wolkig	13
Frankf. a. M.	763	SW	3	wolkig	14	Aberdeen	750	WNW	4	wolkig	12
München	765	SW	5	wolkig	14	Paris	766	WSW	2	heiter	12
Wien	760	W	4	bedeckt	17						

Wetterprognose für Donnerstag, den 22. August 1912.
Mäßig warm, zeitweise heiter, aber veränderlich ohne erhebliche Niederschläge bei meist schwachen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm¹)	Wasserstand	am 20. 8. cm	seit 19. 8. cm¹)
Memel, Tilsit	112	+5	Saale, Grochlitz	68	+8
Pregel, Insterburg	85	−3	Havel, Spandau²)	18	+1
Weichsel, Thorn	102	−12	„ Rathenow²)	−6	−8
Oder, Ratibor	118	−6	Spree, Spremberg²)	70	0
„ Krossen	118	−5	„ Beeskow	80	+1
„ Frankfurt	126	−5	Weser, Münden	102	0
Warthe, Schrimm	−10	−2	„ Minden	170	−2
„ Landsberg	−25	+3	Rhein, Maximiliansau	562	−18
Netze, Vordamm	−13	+2	„ Kaub	357	−20
Elbe, Leitmeritz	22	−6	„ Köln	353	−13
„ Dresden	−108	−17	Neckar, Heilbronn	110	−13
„ Barby	168	+5	Main, Hanau	124	+2
„ Magdeburg	134	+9	Mosel, Trier	58	−11

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Unserem alten Freunde und Parteigenossen 29185
Heinrich Königs und Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Parteigenossen u. Genossinnen d. 134a. Bezirks. II. Wahlkreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Petersburg. Viertel. Bez. 350.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Otto Richter
Frankfurter Allee 65, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die mir aus Anlaß des Hinscheidens meines geliebten Mannes
Franz Schmidt
erwiesene Teilnahme spreche ich meinen herzlichen Dank aus. 2921b
Martha Schmidt geb. Raddatz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Johannes Kannich
Stargarder Str. 16, am 19. August an Rückenmarksleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 22. August, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend-Niederschönhausen aus statt. 128/1
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Verwandten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die
Witwe Mathilde Bleul
geb. Derlich
nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
August Bleul
nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt. 2a

MANOLI Kardash

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

durch die vielen Abgaben und Zölle, dazu auch die bevorstehenden Schiffahrtsabgaben schwer auf die Kleinschiffer lastete. Der Untergang der Kleinschiffer wäre also nicht in den berechtigten Forderungen der Schiffsleute zu suchen. Vielmehr sollten sie alle mit den Mannschaften geschlossen marschieren, weil sie doch heute alle Lohnarbeiter sind, denn viele Schiffseigner fahren ja für die großen Gesellschaften, denen der Profit zufällt. In der Diskussion betonte Schwedler, daß die Schiffseigner sich mehr mit Politik befassen und mehr Wert auf das Lesen guter Schriften sowie der Arbeiterpresse legen müßten. Felsch, Funktionär der Mitgliedschaft der Binnenschiffer (Transportarbeiterverband), richtete an alle Schiffseigner, Boots- und Steuerleute den Appell, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Gerade jetzt sei das notwendig, wo die Frage der Nacht- und Sonntagsruhe ihrer Lösung bedarf. Dem wahnwitzigen Treiben der Schiffahrtsgesellschaften soll ein „Halt" geboten werden. Der Schiffer will nicht mehr Tag und Nacht im Solde des Kapitals frönen. Die Existenz der Schiffer soll gesichert werden durch Verkürzung der Arbeitszeit. Diese muß herbeigeführt werden, wenn in der Schiffahrt bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, die Mitgliedschaft der Binnenschiffer, hat sich diese Aufgabe gestellt. Jeder müßte bestrebt sein, die Aufgabe lösen zu helfen.

Aus aller Welt.

Mißbrauch des Erfindergenies.

Am vergangenen Sonnabend wurde der Universitätsprofessor Duff Andrew aus Champaign im Staate Illinois auf Antrag seiner Frau wegen „Mißbrauchs seines Erfindergenies" in Haft genommen und am gleichen Tage zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Von dem Grundsatze ausgehend, daß Zeit Geld ist, war der Professor stets bestrebt, neue Maschinen zu erfinden, die eine Zeitersparnis darstellen. Seine letzte Erfindung besteht in einer Prügelmaschine, die nicht nur Zeit und Arbeit erspart, sondern auch das Strafmaß je nach der Bedeutung des Vergehens in „wissenschaftlicher Weise" proportioniert. Der Apparat wiegt 20 Pfund und ist aus Aluminium und Bambusrohr hergestellt. Die beiden Schläger sind mit Polster versehen, um den zu Bestrafenden nicht zu verletzen. Ein Zahnrädchen, das durch einen Riemen in Verbindung steht, der wiederum durch eine Kurbel in Bewegung gesetzt wird, läßt die Schläger ihres Amtes walten. Dem zu Bestrafenden können in der Minute 35 Stockschläge verabreicht werden, doch ist der Apparat so konstruiert, daß diese Zahl vermindert oder erhöht werden kann. Seine Erfindung hat der Professor tüchtig an seinem Knaben ausprobiert, der aber den Wert derselben nicht zu würdigen verstand. Als die Mutter gegen eine derartige Behandlung ihres Sohnes Protest erhob, ließ er sie durch seine Maschine ebenfalls verprügeln, was diese veranlaßte, klagbar gegen ihren Mann vorzugehen.

Herrn Chefredakteur Oertel, dem Schwärmer für die Prügelstrafe, hüpft vor Freude das Herz im Leibe. Flugs hat er sich zwei Apparate bestellt: einen für den Familienbedarf, den andern für die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung".

General Booth gestorben.

In seinem Hause zu Hadley Wood in England ist gestern General Booth, der Begründer der Heilsarmee, im Alter von 83 Jahren gestorben. Der in England geborene greise Führer der Heilssoldaten war in seiner Jugend Methodistenprediger. Im Jahre 1865 begründete er aus den kleinsten Anfängen heraus das Werk seines Lebens. Die von ihm geschaffene Organisation wirkte zunächst unter dem Namen „Christliche Mission", im Jahre 1878 wurde für die heute in allen Weltteilen verbreitete, auf die Rettung verkommener Volksschichten gerichtete religiöse Organisation der Name Heilsarmee geprägt.

Booth, der in den letzten Jahren sich mehrfach Augenoperationen unterziehen mußte, die jedoch seine Erblindung nicht aufhalten konnten, ist an Altersschwäche gestorben.

Wildernde Feldwebel.

Am Sonntagnachmittag wurden in der Nähe von Brieg im Walde zwei Vizefeldwebel des 156. Infanterieregiments aus Brieg in Uniform wildernd angetroffen. Auf den Anruf des Försters nahmen die betriebsamen Stellvertreter Gottes auf Erden schleunigst Reißaus. Durch telephonische Benachrichtigung des Brigadekommandeurs gelang es beide zu ermitteln. Einer von den Wilddieben in Uniform wollte nach 12jähriger Dienstzeit im Herbst Polizist werden. Dann hätte man schließlich den Bock zum Gärtner gemacht. Aber vielleicht wäre der Mann zur Verfolgung der Sozialdemokraten zu gebrauchen gewesen.

Der New Yorker Polizeiskandal.

Die New Yorker Groß-Jury hat gegen den Polizeileutnant Becker und mehrere andere Personen Anklage wegen Ermordung des Spielhöllenbesitzers Rosenthal erhoben; weitere Anklagen werden erwartet. Der Spieler Schepps und der Bandenführer Zelig haben die Geständnisse des Spielers Rose teilweise bestätigt. Zelig sagte vor Gericht aus, er sei das Opfer einer polizeilichen Verschwörung geworden und die Furcht vor Becker habe ihn veranlaßt, dem Spieler Rose vier Männer zur Ermordung Rosenthals zuzuführen. Aus dem vom Staatsanwalt unterbreiteten Beweismaterial geht hervor, daß Becker in einem Zeitraum von acht Monaten 90 000 Dollar bei zwölf Banken hinterlegt hat.

Geschäft ist Geschäft.

Die Geistlichen der italienischen Stadt Monte San Giovanni sind in den Ausstand getreten. Die Verkünder der christlichen Lehre verlangten unter Berufung auf die Verteuerung der Lebensverhältnisse, daß ihnen die Gebühren für religiöse Handlungen auf dem Lande verdoppelt würden. Die Landleute wollten sich jedoch nicht rupfen lassen, so daß ein Streik der Priester ausbrach.

Wie würden die Gescheiteten und Geschorenen wettern, wenn Arbeiter ihre Arbeitskraft plötzlich um 100 Proz. höher verkaufen wollten.

Der rabiate Gerichtssekretär.

In einer Göttinger Bar bekam ein Amtsgerichtssekretär aus Hannover, der in Göttingen seine Ferien verlebt, Streit mit anderen Gästen. Der Streit artete in eine blutige Schlägerei aus, wegen der der Gerichtssekretär schließlich sistiert und zur Polizeiwache gebracht wurde. Hier benahm er sich sehr rabiat gegen die Polizeibeamten. Anstatt ihn nun in das Arrestlokal zu sperren, wollten die Polizeibeamten, weil es sich um einen Gerichtssekretär handelte, Gnade für Recht ergehen lassen und wollten ihn laufen lassen. Als er nun zur Tür hinausgelassen werden sollte, erging er sich in den ordinärsten Schimpfereien gegen die Polizeibeamten, und als diese sich das verbaten, schlug er einen Schutzmann derartig in das Gesicht, daß dieser aus Mund und Nase blutete. Der Schutzmann hat infolgedessen Strafantrag gestellt.

Ein versinkender Bahnhof.

Neben den vielen Unglücksfällen, von denen besonders die Massenkatastrophen die Welt fast beständig in Atem halten, sind auch die weiteren Bergschäden sehr unerwünschte Wirkungen des Bergbaubetriebes. So ist unter der Einwirkung des Bergbaues, verursacht durch die Zechen des Stahlwerks Hösch, der westliche Teil des erst 1906 in Betrieb genommenen Rangierbahnhofs Ober-Eving bei Dortmund mit dem Weichenbezirk und den Stellwerksgebäuden an der tiefsten Stelle um drei Meter gesunken. Die Senkung erstreckt sich nach Osten und Westen hin auslaufend auf eine Länge von 700 Meter. Man hat nun mit den umfangreichen Hebungsarbeiten begonnen, deren Kosten das Stahlwerk Hösch zu tragen hat.

Die Rache des Begnadigten.

Unser römischer Korrespondent schreibt uns: In Rom wurde unlängst ein gewisser Gregori begnadigt, der im Jahre 1872 wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war. Trotz der langen Strafzeit war das Rachebedürfnis des Begnadigten nicht eingeschlafen. Er brachte in Erfahrung, daß der Hauptbelastungszeuge seines Prozesses noch lebte, und versuchte am 18. d. Mts., diesen Mann, dem er lange aufgelauert hatte, zu erdolchen. Der Stich ging fehl und der Angreifer wurde verhaftet. Er kehrt nun als lebender Beweis für die bessernde Macht der Strafe ins Zuchthaus zurück.

Kleine Notizen.

Autozusammenstoß. Auf der Straße von Eichwald nach Zinnwald in Sachsen stieß gestern das Automobil des Bergwerksdirektors Häusler mit einem entgegenkommenden Automobil zusammen. Beide Wagen wurden zertrümmert und die Insassen herausgeschleudert. Frau Häusler und der Chauffeur wurden schwer verletzt. Herr Häusler ist mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Wahnsinnstat einer Mutter. Wie aus Brest gemeldet wird, hat dort eine plötzlich wahnsinnig gewordene Frau ihre vier Kinder verbrannt und sich dann selbst das Leben genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. C. H. 6. 1. Ein Ehevertrag, nach dem das ehemännliche Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht ausgeschlossen werden soll, muß zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll geschlossen und dem Registergericht zum Zwecke der Eintragung und Publikation eingereicht werden. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. Rechtswirksamkeit tritt mit der Publikation ein. 2. Der Erzeuger bleibt unterhaltungspflichtig. § 1766 trifft da nur den Fall der — hier nicht vorliegenden — Adoption. — **W. K. 15.** Meldung beim Polizeipräsidium, wo sie alles nähere erfahren. — **K. S. 36.** 1. Nein. 2. Etwa 11 M. 3. Nach Ihrer Darstellung nicht. Strafantrag kann seitens Ihrer Frau nur gestellt werden, wenn die Ehe wegen Ehebruch geschieden ist. — **G. Sch. 16.** Nein. — **O. S. 100.** Ein solcher Vertrag, der am zweckmäßigsten zu notariellem Protokoll geschlossen wird, ist rechtswirksam. — **Friedrichstr. 236.** 1. Falls die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit erfüllt ist: nein. Ob die Wartezeit erfüllt ist, läßt sich nur nach Einsichtnahme in die Ausrechnungsbescheinigungen sagen. 2. Die Angaben reichen nicht aus; kommen Sie in die Sprechstunde. — **N. 2. 151.** 1. Nur von der Staatseinkommensteuer für den Monat oder die Monate, in welche die Uebung gefallen ist. 2. Jahresrist. — **M. S. 22.** Auf dem Wege der Annonce werden Sie Ihren Zweck erreichen. — **G. 10.** Neben allgemeiner Elementarbildung Kenntnisse der Literatur. Kommt ganz auf die Art der Stellung an. — **V. H. 100.** Ohne nähere Angabe können wir nicht raten. Kommen Sie auf unsere Redaktion.

MÖBEL MESSE
AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO
BERLIN 1912 · VOM 17. AUGUST - 1. SEPTEMBER
EINTRITT FREI GEÖFFNET V. 10-8 UHR

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Große Fernsicht
hat man mit unserem Fernrohr „Planet". Planet ist kein Spielzeug, sondern ein wirklich brauchb. Instrument m. 4 scharf. Linsen mit ca. 10× Vergrößerg. und 3 Auszügen. Planet leistet auch auf weite Entfernungen vorzügliche Dienste, daher für Reise, Jagd, Ausflüge bestens zu empfehlen. Preis per Stück ℳ 3.25, Porto 50 ₰ extra, bei Vorherreinsend., auch Briefm. od. Nachnahme
Ein Versuch ist für Sie völlig kostenlos. Sofort nach Eingang Ihrer Bestellung erhalten Sie unser Fernrohr auf 14 Tage Probezeit zugesandt. Bei Nichtgefallen senden Betrag zurück.
Preiskatalog über Optik, Stahlwaren und Waffen gratis an jedermann.
Kirberg & Cie., Fochelab. Solingen
Spezialversandhaus in Optik usw. (Gegr. 1889.)

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Ortskrankenkasse der Gelb- u. Zinngießer zu Berlin.
Bekanntmachung.
Auf Grund des § 64 des Statuts geben wir den Mitgliedern bekannt, daß die in der Generalversammlung vom 30. Mai cr. beschlossene, unter dem 30. Juli cr. vom Bezirksausschuß genehmigte 6. Abänderung zum Kassenstatut am zweiten Montag nach Veröffentlichung in Kraft tritt.
Zur Abänderung gelangt § 13 Abs. 3 des Statuts, wo statt für jeden Arbeitstag jeden Kalendertag gesetzt wird.
Ausführliche Druckexemplare sind den Arbeitgebern zugesandt.
Berlin, den 21. August 1912.
Der Vorstand. 29195

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.
Kein Abzahlungsgeschäft. 38512*

Spezialarzt f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606" usw. in Dr. Homeyer u. Co. long. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum. Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise. Gegr. 1889.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.
Wundervoll gestickte abgepaßte Portièren (Uebergardinen für Fenster und Türen)
in Qualität M. pro Fenster:
Filztuch . . . 3,35 bis 10,50
Naturleinen . . 3,85 bis 20,00
Velvetplüsch . . 8,85 bis 75,00
Persisch (doppelseitig) 6,75 bis 36,00
Kochelleinen . . 6,75 bis 60,00
Pa. reinw. Tuch 18,50 bis 150,00
Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Erfinder
fordern vor Patentanmeldung das bezgl. Nachschlagebuch: „Wann ist eine Erfind. verwertbar" gratis u. franko v. Civ.-Ing. Jaeger, Dr. Breslauer, Berlin SW. 61 n. d. Kais. Patentamt.

Technikum — Bauschule
Reg.-Baumeister Werner
Neanderstraße 3.

Theater.

Donnerstag, 22. August 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Faust. 1. Teil.
Urania. Der Vierwaldstätter See und der St. Gotthard.
Lessing. Gespenster.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Westen. Die schöne Helena.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Das Konzert.
Schiller - Charlottenburg. Hohe Politik.
Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. H.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Thalia. Autoliebchen.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8¼ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Sylvester Schäffer. Der erkaufte Gatte. Ein wenig Musik.
Rose. Die goldene Eva.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Der verflossene Reßdorf.

Anfang 8½ Uhr.

Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Theater des Westens.

8 Uhr:
Die schöne Helena.

Schiller-Theater O.

Wallner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Konzert.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Schiller-Theater

Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hohe Politik.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Hohe Politik.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Zum erstenmal:
Die Jüdin v. Toledo.
Anfang 8½ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58
Heute und folgende Tage:
Die Ballettschule.
Gesangskomödie mit Tanz in 2 Akten.
Vollständig neue erstklassige Spezialitäten.
Anf. 4 Uhr. Voranzeige! Dienstag, 27. August: Benefiz für das Schauspielpersonal: **Der rechte Weg.**

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. **„Die Briefta sche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".**

Freie Volksbühne

Sonntag, den 1. September, nachmittags 3 Uhr:

Lessing-Theater
Schönherr:
Glaube und Heimat.
Die Tragödie eines Volkes.

Neues Schauspielhaus
Pailleron:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Lustspiel in 3 Aufzügen.

Thalia-Theater ab 8. Sept.
Dreyer:
Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Schauspiel in 3 Aufzügen.

Residenz-Theater ab 15. Sept.
Dumas:
Francillon.
Schauspiel in 3 Aufzügen.

Abendabteilungen
ab 2. September 1912
(näheres später).

Herrnfeld-Theater
Strindberg:
Der Vater.
Trauerspiel in 3 Aufzügen.

Ordnersitzung
Sonnabend, den 24. August, abends 8½ Uhr. im Gewerkschaftshause.
Das Erscheinen aller Ordner ist Pflicht.

Zahlstelle: **60.** F. Schäfer, Restaurant, W., Nollendorfplatz 6. — **61.** H. Boldt, Zigarrenladen, **O.**, Warschauer Straße 62. — **63.** Kaufhaus Hahn, Theaterkasse, **C.**, Alexanderplatz. — **64.** W. Conrad, Zigarrenladen, **Neukölln**, Hermannstr. 50. — **7** jetzt: J. van der Beek, Zigarrenladen, **N.**, Müllerstr. 60. — **39** jetzt: Theodor Richter, Zigarrenladen, **Tempelhof**, Borussiastraße 8.

Die Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden. 243/7

Der Vorstand. I. V.: **G. Winkler.**

Apollo Theater

Ab 8 Uhr
10 gr. komische Attraktionen.
10 Uhr
Der Wunderpapagei
Lora
als
Lieder- und Coupletsänger.

ZOO

LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.

Wiedereröffnung Sonnabend, den 31. August.
Gastspiel der
sieben Spaßmacher
in ihrer Revue
„Da tut sich was."

Passage-Panoptikum

Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater, Schwindelmeier & Comp.

Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei beard. von R. Freund. Musik von R. Nelson, u. a. Tänze von W. Bishop. In Szene ges. v. Dir. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Die Macht der Töne.
Burleske v. Meytel.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

Herrnfeld Theater

Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: **Varieté u. Theater** im herrlichen Naturgarten.
8 Glanznummern
und **„So leben wir".**
Gesangsburleske in 2 Bildern.
Tägl. **Kaffeeküche bis 6 Uhr.**

Casino-Theater

Wiedereröffnung der 12. Spielsaison.
Sonnabend, 24. August:
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorverkauf für die ersten 7 Tage von 11—2 an der Theaterkasse.

Nißles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Schöner Naturgarten.
C. Nißle.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte, spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580R*

Teppiche. Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Gardinen. Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1764R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Pommersche Betten, 2 Deckbetten, 2 Kissen, zweischläfig 15,00, dauniges Bett 8,50, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Pfandleihe, Prinzenstraße 34. *

4.25 Prachtbett, rotrosa gestreift, Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34.

Aussteuerbetten, ganzer Stand, 26,50, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. 1858R*

Plüschtischdecken mit wundervollen Pressung- oder Stickereimustern 5,75, 6,85 bis 18,—, Filztischdecken 1,50, 2,25 usw. Echtfarbige Kaffeedecken 0,95. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Prachtbetten, 12,50, zwei Stand, schleunigst, Katzlerstraße 16 II. †139

Geschäftsverkäufe.

Ausschank krankheitshalber billig verkäuflich. 30 Halbe, 112 Mark Miete, Nähe Bahnhof. Offerten: „P 50" postlagernd 36. †73

Existenz. Restauration, billige Miete. 2 Stuben, Vereinszimmer, Billard. Elektrisches Pianino. Umsatz 22 Halbe hell und Malz, Becherschank. 3 Jahre einer Hand. Wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Brauerei hilft. Erfragen Plagemann, Lokal, Jennstraße 58, am Wedding. 2922b

Seifengeschäft sofort, Existenz, Rigaerstraße 75. 129/8

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Schleunigster Verkauf einer noch neuen Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, einige Bandbilder, sämtliche Wirtschaftsgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Möbel-Gelegenheitskäufe aus Versteigerungen, Auflösungen, nur neue gediegene Möbel. Enorm große Auswahl in bürgerlichen Ein- bis Drei-Zimmereinrichtungen, ganz bedeutend unter regulärem Preise. Für Brautleute bedeutende Ersparnis. Gleichfalls größte Auswahl in Ergänzungsmöbeln, Büfetten, Standuhren 70,—, Schreibtische 45,—, Sofas 40,—, Garnituren 85,—, Trumeau 33,—, Bettstellen 25,—, Teppiche, Bilder, Klubsessel, Ledersofas, Kronen, Piano usw. Hans Lennert, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 1942R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Guesenaustraße. 2901R*

Einladung zur Besichtigung meiner ständigen Möbelausstellung. Bevor Sie Ihre Einrichtung kaufen, besichtigen Sie, ganz zwanglos, meine jetzt komplettierten Läger in Wohn-, Schlaf-, Herren- und Speisezimmern. Sämtliche Neuheiten sind nunmehr eingetroffen. Unerreichte Auswahl. Billigste Preise. Langjährige Garantie für gediegenste Arbeit. Möbelhaus Ostrowski, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1933R

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. Jetzt gekaufte und erst im Oktober lieferbare Möbel können bis zur genannten Zeit vollständig kostenlos bei mir lagern. Beim Kaufe braucht nur ein kleiner Teil angezahlt, der Rest der Anzahlung kann bis zur Lieferung ebenfalls in Teilzahlungen beglichen werden. 1862R*

Mahagonie-Büfett. Schreibtisch, Trumeau, Sofaumbau, Ankleideschrank, Waschkommode, Nachtspinden, Zwei- und Vierzugtisch, Stühle, Vertikos, zu nie gekannt billigen Preisen. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1941R*

Plüschsofas, nagelneue, 40,00, Chaiselongue 18,00, Trumeau, Ausziehtisch, englische Bettstellen 20,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †104*

Sofort verkäuflich gute, moderne Nußbaumwirtschaft mit prachtvollem Plüschsofaumbau, Herrenschreibtisch, auch einzeln. Zorndorferstraße 4, vorn I rechts. 129/9

Möbelwirtschaft, darunter Plüschgarnitur 25,—, Muschelschrank, Umbausofa 20,—, Bettstellen 15,—. Alte Schönhauserstraße 6. 228/15

Polstermöbelfabrik Chausseestraße 49 stehen 100 Moquettsofas, Ruhebetten, 200 englische Bettstellen, mit und ohne Matratzen riesig billig zum Verkauf.

Billigste Möbelquelle des Nordens ist Hirschowitz, Chausseestraße 49. Riesenauswahl in bürgerlichen Wohnungseinrichtungen, modernen Schlafzimmern, 100 farbigen Küchen, Büfetts, Schreibtischen, auch mahagoni, Umbaus usw. Riesig billige Preise! Chausseestraße 49. 1959R*

Schreibtisch, mahagoni, wie neu, billig. Andrée, Oppelnerstraße 7.

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Pianino, kreuzsaitig, 100,— (Garantie). Turmstraße 9 II, Zander.

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, Damenfahrrad, sofort, Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. *

Fahrrädergelegenheiten. 25,00, gut erhaltene Motorzweiräder spottbillig. Kämmerelt, Große Frankfurterstraße 14, Hof. 128/3

Freilaufrad, 30,—, Kraus, Andreasstraße 54. 129/5

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 7638*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

Platinankauf, Zahngebisse, Silber, Stanniol, Dresdenerstraße 132, Oranienplatz — Tor. 126/12*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 228/9*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kassla, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Blattgold, Goldwatten, Stanniolpapier, Quecksilber 3,00, Zinn 3,20, Kupfer bis 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 1891R*

Unterricht.

Tanzschule Schebel. Boekers Festsäle, Weberstraße 17. Wiedereröffnung Sonntag, 1. September, 3 Uhr. Gefällige Anmeldungen nehme jederzeit in meiner Wohnung, Keibelstraße 6, entgegen. 2855b*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Königlicher Regierungs-Baumeister a. D. Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniterkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Pfandleihe jetzt Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 128/15*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Wäsche wird sauber gewaschen Laken, Leibwäsche, vier Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Berta Schulz, Köpenick, Friedrichshagenerstraße 1. 2910b

Wer leiht Parteigenossen 150 M.? Rückgabe monatlich 20 M. „S. 102", postlagernd Postamt 97.

Vermietungen.

Wohnungen.

Soldinerstraße 16, Zweizimmer-Vorderwohnungen, Kammer, Balkon, Zubehör. *

Stube und Küche zum 1. Oktober, früher beziehbar, Oranienstraße 2A. *

Stube, Küche 25 Mark, Weberstraße 31. 2924b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für zwei Herren, Dresdenerstraße 19 IV links.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren. Frau Bernhardt, Waldemarstraße 65.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Schlosser verlangt Fritz, Eisenacherstraße 44, Schöneberg.

Fardigmacherinnen sucht Wolff, Neukölln, Sanderstraße 29/30. 2923b

Künstliche Blumen. Aleberinnen und Kröserinnen sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2884b*

Die **Ortskrankenkasse Berlin-Britz** sucht zum baldigen Antritt einen nicht unter **25 Jahre** alten **Bureaubeamten.** Derselbe muß firm sein in der Krankenkontrolle, hat zeitweise Rechnungen zu kassieren und Bureauarbeiten zu verrichten. Kleine Kaution ist erforderlich. Angebote mit Angabe von Gehaltsansprüchen wolle man bis zum 28. d. M. mit der Aufschrift **Bewerbung** an die Ortskrankenkasse Berlin-Britz, Chausseestr. 44, einsenden. 278/2

Der Vorstand.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Herrmann, Lichtenberg, Wilhelmstr. 21.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.